Nr 36 Halle a. S., Dienstag den 12. Februar 1907. 18. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 1.60 Mk. pränumerando, frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleſaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Der Kassierer des Kartells.

Die Nordd. Allg. Zeitung schreibt an der Spitze ihrer zweiten Ausgabe vom 10. Februar:

Der Bayr. Kurier hat Mitteilungen aus der Privat-Korrespondenz des Generalmajors Keim und aus Briefschaften des Flottenvereins gemacht, zu deren Kenntnis der Gewährsmann des Blattes nur auf dem Wege einer schweren Unredlichkeit gelangt sein kann. Nach Mitteilungen der Präsidial-Geschäftsstelle des Deutschen Flottenvereins ist die Angelegenheit bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Wir hoffen, daß es gelingen wird, eine volle gerichtliche Klärung dieses Vorfalls herbeizuführen. Inzwischen stellen wir das Folgende fest.

1. Es sind für die Wahlbewegung keinerlei amtliche Fonds in Anspruch genommen worden, insbesondere hat weder der Flottenverein noch Herr Generalmajor Keim persönlich Zuwendungen aus solchen Fonds für Wahlzwecke erhalten.

2. **Von privater Seite sind zur Unterstützung regierungsfreundlicher Kandidaturen Mittel aufgebracht worden, bei deren Verwendung in dankenswerter Weise auch mehrfach der Rat amtlicher Stellen eingeholt und befolgt worden ist. Der Reichskanzler war in der Lage, dem Fürsten Salm in Aussicht zu stellen, daß er sich für eine Beihilfe zu den Kosten des Wahlkampfes aus solchen privaten Mitteln interessieren werde.**

3. Herr Generalmajor Keim hat wie andere im Wahlkampf hervorragend tätig gewesene Männer Gelegenheit gehabt, dem Reichskanzler über den Fortgang seiner und des im nationalen Sinne tätigen Flottenvereins Arbeit zu berichten. Dabei hat er auch naturgemäß der Herausgabe von Wahl-Broschüren Erwähnung getan. An der Gestaltung dieser Broschüren hat der Reichskanzler so wenig wie die Reichskanzlei mitgewirkt, auch eine „Lügen des Herrn Erzberger" betitelte Broschüre ist an diesen Stellen vor ihrem Erscheinen nicht bekannt gewesen.

Die Nordd Allg. Zeitung dementiert, was nicht behauptet worden ist. Nicht der Reichskanzlei sondern dem Kolonialamt und dem Generalstab wurde die Urheberschaft verschiedentlicher Hottentotten-Schwindelblätter zugeschrieben, diese Urheberschaft leugnet das Regierungsblatt nicht. Ebensowenig stellt es in Abrede, daß Offiziere der Schutztruppe vom Ober-Kommando als Wahlredner zur Agitation kommandiert wurden; ebensowenig vermag es zu leugnen, daß Soldaten der Marine bei der Verpackung von Sudelschriften tätig gewesen sind. Und was die Hauptsache ist, sie gibt zu, muß nach den geschehenen dokumentarischen Feststellungen zugeben, daß der Reichskanzler für Wahlzwecke Gelder vereinnahmt und verausgabt hat. Er war der Kassierer des Kasfernkartells.

Dabei kommt es natürlich nicht darauf an, ob die Tausendmarkscheine und Zwanzigmarkstücke, die von „privater Seite" zur Unterstützung bülowfreundlicher Kandidaturen aufgebracht wurden, in den Geldschrank der Reichskanzlei wanderten, und aus diesem wieder vom Fürsten Bülow dem Fürsten Salm in die Hand gezählt wurden. Tatsache, zugegebene Tatsache ist, daß die privaten Geldgeber nicht für eine bestimmte Partei sondern für Wahlzwecke der Regierung operierten, und daß sie auf amtliche Anweisung hin („Katamtlicher Stellen" nennt es die Norddeutsche vorsichtig umschreibend) Zahlungen geleistet haben

Wir haben zwar die Zwölftausendmark-Affäre und den Mirbach-Bettel erlebt; aber die neueste Bülow-Affäre ist doch ein Skandal ohneg eichen; nur die verrotteteste Plebiszitwirtschaft des letzten Napoleon bietet etwas ähnliches. Wer ist es gewesen der dem Reichskanzler Bülow die nötige metallische Unterlage zur Fortfristung seiner politischen Existenz verschafft hat? Vielleicht läßt sich die Nordd. Allgem. Ztg auch über diesen Punkt noch aus und zwar so rechtzeitig, daß sie einer anderweitigen Berichterstattung zuvorkommt.

Für heute sei darüber nur so viel gesagt: **Zu den Geldgebern der Regierung gehört eine Gruppe wohlhabender Herren, die ganz zufälligerweise beim Ordensfeste am 23. Januar mit hohen Orden bedacht wurden.** Und diese Herren stehen in naher Beziehung zu jenen Stipendienstiftern, an die das Reichsamt des Innern im Jahre 1898 das berühmte „eigentümliche Verlangen" richtete, ihm 12 000 Mark zur Agitation für die Zuchthausvorlage zur Verfügung zu stellen Seit der Enthüllung dieser Affäre im Jahre 1900 waren die Beziehungen der Regierung zu ihren damaligen Geldgebern stark erkaltet. Aber jetzt hat man sich längst wieder zusammengefunden . . .!

Es ist nützlich, daran zu erinnern, wie das Urteil der bürgerlichen liberalen Presse über den damaligen viel milderen Fall gelautet hat. So schrieb die Frankfurter Ztg. am 23. Oktober 1900:

Kein Staatssekretär konnte darüber im Zweifel sein, daß es eine Verletzung des Budgetrechts bedeutet, wenn er sich geheime, nicht bewilligte und nicht gebuchte Einnahmen verschafft.

Die Freisinnige Zeitung:

Wie will die Regierung dem Argwohn begegnen, daß sich ähnliche Vorgänge wie bei der Zuchthausvorlage bei andern Gesetzentwürfen an andern Stellen der Reichs- und Staatsverwaltung etwa schon des öftern ereignet haben? Es gibt ja soviele politische Aktionen im Reiche wie im Einzelstaate, an denen potente Kapitalisten finanziell interessiert sind. Daß diese unter Umständen sich's Geld kosten lassen, zu eigenen Gunsten die öffentliche Meinung zu beeinflussen, haben die Verhandlungen des Reichstags über den vorjährigen Flottentrummel erwiesen.

Das Berliner Tageblatt:

Also: das Unerhörte ist geschehen, eine oberste Reichsbehörde hat von einem Privatmanne Geld für Agitationszwecke — denn was bedeutet die Verteilung amtlichen Materials an Provinzblätter anderes als Agitation? — gefordert und angenommen.

Die National-Zeitung:

Es ist unbegreiflich, daß ein Beamter des Reichsamts des Innern für zulässig halten konnte, für den agitatorischen Zweck der Regierung von einem privaten Interessentenverein Geld zu verlangen . . .

Nachdem die Nordd. Allg. Ztg. ihr Geständnis abgelegt hatte, schrieb abermals die Frankfurter Zeitung:

Alles, was die Unterlage unserer Kritik bildet, wird bestätigt: Eine Staatsbehörde nimmt die Mittel einer privaten Vereinigung in Anspruch, um damit Stimmung für eine Vorlage zu betreiben, an der gerade diese Vereinigung das größte Interesse hat. Und ob die Agitation in der Weise erfolgte, daß man einzelnen Agitatoren Geld in die Hand drückte, oder daß man geeignete Flugschriften drucken ließ und ins Volk brachte, das ist natürlich für die prinzipielle Beurteilung der Sache ganz gleichgültig.

Die bülowoffiziöse Wiener Neue Freie Presse:

Der Fall, um den es sich handelt, gehört zu jenen, die von Zeit zu Zeit grell in das geheime Räderwerk der Regierungsmaschinen hineinleuchten. Daß er auch in Deutschland möglich ist, darin liegt die peinliche Verblüffung, die er verursacht.

So schrieben und schrien die jetzt so schweigsamen, höchstens über Dokumentendiebstahl entrüsteten liberalen Blätter vor sieben Jahren über einen Fall, der gegen den nun aufgedeckten Großbetrieb der Wahlkorruption geradezu harmlos und gering üglig erscheint. Warum schweigen sie, die einst so laut zu reden verstanden? Weil mit den Scharfmachergeldern, die Fürst Bülow als Kassierer verwalten durfte, **auch die Agitation für freisinnige Regierungskandidaten** bezahlt worden ist!

Der höchst freisinnige Gymnasiallehrer Prof. Eickhoff erweist sich ja auch bereits über die Unterstützung seiner Partei mit Regierungsgeldern dadurch dankbar, daß er nicht, wie bisher verlautete, das Mandat für Mühlhausen angenommen hat sondern das für Lennep-Mettmann. Das ist ein wertvoller Liebesdienst für die Regierung. Hätte Eickhoff für Mühlhausen angenommen, wo er mit sozialdemokratischer Stichwahlhilfe gewählt worden ist, so mußte in Lennep-Mettmann eine Ersatzwahl stattfinden, in der unser Genosse Meist, der bisherige Vertreter des Kreises, die meisten Aussichten auf Sieg gehabt hätte. Das durfte der regierungsfähige Freisinn seinem Bülow nicht antun. Eickhoff entschied sich deshalb für Lennep-Mettmann, so daß in Mühlhausen eine Ersatzwahl vorzunehmen ist. Dort aber ist keinerlei Aussicht, daß der Sozialdemokrat, der nicht einmal in die Stichwahl gelangte, gewählt werden kann. Es ist im Gegenteil wahrscheinlich, daß der ultrareaktionäre Freiherr v. Zedlitz, der mit Eickhoff zur Stichwahl stand, nunmehr das Mandat erwirbt.

So erweist der Freisinn seine Dankbarkeit, nicht der Sozialdemokratie, die bisher gutmütig genug war, dem Freisinn aus den Stichwahlnöten zu helfen, sondern der Reaktion und der Regierung, die mit Geldern unbekannter Spender der Freisinnskerze einen regierungsfähigen Docht eingezogen hat, auf daß er in Zukunft militär-, marine- und kolonialfromm leuchte, allen bürgerlichen Demokraten zur Freude und Nacheiferung.

Also mit Geldern aus dem Brunnen, die der Regierung zuflossen, sind die Regierungs- und Hottentottenwahlen zustande gebracht worden. Ob nicht die Nordd. Allg. Ztg. lügt, wenn sie bestreitet, daß das Geld direkt aus Geheimfonds der Regierung stamme, weiß man nicht. Es wäre nicht zum ersten Male, daß aus der Kloake des offiziösen Regierungsblattes die

---

3]

Manon.

Die Geschichte eines Leichtsinnigen.

Von Ant. François Prevost.

Obwohl sie noch jünger war als ich, so nahm sie meine Artigkeiten ohne Verlegenheit hin. Ich fragte, was sie nach Amiens führe, und ob sie Bekannte daselbst habe. Sie teilte mir unverhohlen mit, ihre Eltern hätten sie hierher geschickt, um Nonne zu werden. Die Liebe hatte mich in der kurzen Spanne Zeit, seit der sie in meinem Herzen wohnte, bereits so ausgeklärt, daß ich diesen Plan als einen Todesstoß meiner Wünsche betrachtete. Ich sprach in einer Weise zu ihr, welche ihr meine Gefühle klar zu erkennen gab, denn sie war viel erfahrener als ich. Man schickte sie gegen ihren Willen ins Kloster, wahrscheinlich um ihren Hang zu den Freuden der Welt zu ersticken, welcher sich bereits offenbart hatte, und der in der Folge all mein und ihr Unglück verursachte. Ich bekämpfte die grausamen Absichten ihrer Eltern mit allen Gründen, die meine aufsteigende Liebe und meine scholastische Beredsamkeit mir eingaben. Sie heuchelte weder Strenge noch Abneigung. Nach kurzem Schweigen sagte sie mir, daß sie selbst vorhersehe, wie unglücklich sie sich fühlen würde — es müsse aber wohl der Wille des Himmels sein, da er ihr kein Mittel ließ, diesem Geschick zu entfliehen. Ihr sanfter Blick, die reizende Trauer, womit sie diese Worte sprach, oder auch mein Schicksal, welches mich dem Verderben entgegenriß, erlaubten mir nicht, einen Augenblick mit meiner Antwort zu schwanken. Ich beteuerte ihr, wenn sie meiner Ehre und der innigen Zärtlichkeit, die ich schon jetzt für sie fühlte, einigermaßen vertrauen wolle, so sei ich entschlossen, mein Leben daranzusetzen, sie von der Tyrannei ihrer Eltern zu befreien und glücklich zu machen. Tausend Male dachte ich schon darüber nach, woher mir in jenem Moment so viel Kühnheit kam — aber man würde die Liebe nicht zur Gottheit erheben, wenn sie nicht Wunder zu schaffen verstände.

Meine schöne Unbekannte wußte, daß man in meinem Alter kein Betrüger ist — sie gestand mir, daß sie sich mit, falls ich Mittel fände, ihr Freiheit zu schenken, höher verpflichtet fühlen würde, als hätte ich ihr das Leben gerettet. Wiederholt beteuerte ich ihr, alles unternehmen zu wollen; da ich aber zu wenig Lebenserfahrung besaß, um sofort auf jene Mittel und Wege zu verfallen, die sie retten konnten, so blieb ich bei dieser im allgemeinen gehaltenen Beteuerung stehen, die weder ihr noch mir von großem Nutzen sein konnte. Schon hatte ihr alter Argus sich wieder zu uns geselt und meine Hoffnungen waren dem Scheitern nahe, als ihr Geist der Unfruchtbarkeit des mein gen beizeiten zu Hilfe kam. Ich war erstaunt, als sie mich bei dem Erscheinen des Alten mit „Vetter" ansprach und ganz harmlos sagte, es mache sie sehr glücklich, mich hier in Amiens zu sehen, und sie wolle ihren Entzücken im Kloster bis morgen aufschieben, um das Vergnügen genießen zu können, in meiner Gesellschaft zu soupieren Ich ging schnell in diese List ein und schlug ihr vor, in einem Gasthofe Wohnung zu nehmen, dessen Wirt, ein ehemaliger Kutscher meines Vaters, mir ganz und gar ergeben war.

Ich begleitete sie selbst dahin, während der alte Führer etwas mürrisch schien, und Freund Tiberge, dem dieser Auftritt unverständlich sein mußte, mir wortlos folgte. Er hatte von unserem Gespräch nichts gehört, da er im Hofe auf und ab gegangen war, während ich mit der schönen Fremden von Liebe sprach. Da seine Ehrfurcht mir Scheu einflößte, befreite ich mich dadurch von seiner Gegenwart, daß ich ihn bat, etwas für mich zu besorgen. Als ich daher den Gasthof erreichte, hatte ich das Vergnügen, mich mit der Königin meines Herzens allein zu sehen.

Bald erkannte ich, daß sie weniger Kind war, als ich geglaubt hatte. Mein Herz empfand tausend wonnige Empfindungen, von welchen ich bisher keine Ahnung gehabt hatte. Eine süße Wärme durchströmte meine Adern. Ich war in eine Art Verzückung versetzt, welche mich für eine Weile sogar der Sprache beraubte, und nur durch meine Blicke verraten wurde.

Fräulein Manon Lescaut, so nannte sich die Schöne, schien sehr erfreut über die Wirkung ihrer Reize. Ich glaubte zu bemerken daß sie nicht weniger erregt war als ich. Sie selbst gestand, sie fände mich liebenswürdig, und würde mir sehr gerne für Erlangung ihrer Freiheit verpflichtet sein. Sie wollte wissen, wer ich sei, und diese Kenntnis vermehrte ihr Wohlwollen noch, weil sie die von niedrigem Herkommen war, sich geschmeichelt fühlte, eine so vornehme Eroberung an mir gemacht zu haben. Wir sprachen schon von den Mitteln, wie wir einander angehören könnten.

Nach langem Suchen und Grübeln fanden wir doch keinen andern Ausweg als den der Flucht. Vor allem mußte die Wachsamkeit ihres Führers eingeschläfert werden, der zwar nur Diener, aber doch zu verüchtigen war. Wir beschlossen, ich solle in der Nacht einen Postwagen besorgen, und zeitlich in ihren Gasthof zurückkehren, solange alles noch im Schlafe lag; dann wollten wir uns heimlich fortstehlen und gerades Wegs nach Paris reisen, und nach unserer Ankunft dort trauen lassen. Ich besaß ungefähr fünfzig Taler, die Früchte meiner kleinen Ersparnisse; sie konnte über das Doppelte verfügen. Wir unerfahrenen Kinder bildeten uns ein, diese Summe wäre unerschöpflich; mit gleicher Sicherheit rechneten wir auch auf das Gelingen unserer anderen Beschlüsse.

Nachdem ich mit mehr Frohsinn soupiert hatte als je zuvor im Leben, entfernte ich mich, um die Ausführung unserer Pläne zu betreiben. Ich konnte meine Anordnungen mit um so größerer Leichtigkeit treffen, als ich, in der Absicht am nächsten Tage zu meinem Vater zurückzukehren, meine Sachen bereits gepackt hatte. Es verursachte mir also keine Umstände, meine Koffer fort zu transportieren und für fünf Uhr morgens einen Postwagen zu bestellen, um welche Zeit die Stadttore schon geöffnet sein mußten. Allein ich stieß auf ein ungeahntes Hindernis, welches meine Absicht bald ganz vereitelt hätte.

Tiberge, obwohl nur um drei Jahre älter als ich, war ein Mensch von kaltem Blute und höchst sittlichem Lebenswandel. Er liebte mich mit ungewöhnlicher Freundschaft. Der Anblick eines so wunderschönen Mädchens, wie Manon, mein Eifer, sie zu begleiten und meine Sorge, ihn zu entfernen, hatten Verdacht in seiner Seele erweckt. In den Gasthof zurückzukehren wagte er nicht, aus Besorgnis, mich durch seine Rückkehr zu verletzen; hingegen erwartete er mich in meiner Wohnung, wo ich ihn fand, obwohl es schon zehn Uhr abends war. Seine Anwesenheit verdroß mich. Er bemerkte sofort, welchen Zwang sie mir auferlegte.

„Ich bin überzeugt," begann er freimütig, „daß Du einen Plan nachsinnst, den Du mir geheim halten willst — ich lese es in Deinen Zügen."

Meine Antwort lautete schroff, ich hätte nicht nötig, ihm über meine Pläne Rechenschaft zu geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070212-11/fragment/page=0001

Lüge als Wahrheit verkündet wird. Doch auch wenn das diesmal ausnahmsweise nicht der Fall wäre, wenn also wirklich der „große Unbekannte" existierte, der die Millionen gespendet hat, auch dann wäre die Prostituierung des Regierungssystems vollständig.

Die Regierung bezahlt ihre Wahlen Zunächst mit „fremdem" Geld, in Zukunft mit sich selbst. Diesmal ist ihr das va banque-Spiel geglückt; ein andermal wird die Wahlkarte gegen die Regierung schlagen; dann ist sie abgetan für immer. Einige Jahre nach seinem erfolgreichen Plebiszit war Napoleon ruiniert.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 11. Februar 1907.

Der russische Pogromverband gratuliert Kaiser Wilhelm.

Der Nowoje Wremja wird unter dem 5. Februar aus Moskau folgendes berichtet:

Am Sonntag wurde in der vereinigten Versammlung der Gesellschaft der russischen Patrioten und des Verbandes des Russischen Volkes einstimmig die Absendung des folgenden Glückwunschtelegramms an Kaiser Wilhelm II. beschlossen:

Die Gesellschaft der Russischen Patrioten und der Verband des Russischen Volkes in Moskau, die ein Glied des geeinigten sechs Millionen (!!) starken Russischen Volks bilden, haben nach Kenntnisnahme des Ergebnisses der deutschen Reichstagswahlen in corpore beschlossen, ihre Glückwünsche mit denen zu vereinigen, die von allen Seiten aus dem Munde des deutschen Volks seinem fürstlichen Führer entgegentönen. Diese Anhänglichkeit an das Vaterland und den Kaiser verstehen und schätzen wir, als treue Untertanen ganz besonders, da wir fest überzeugt sind, daß ein Volk, welches seinen Kaiser liebt und ihm vertraut, eine lichte und herrliche Zukunft hat. Offenen Blicks und aufrichtigen, echtrussischen Herzens, ohne den geringsten Hintergedanken, wünschen wir dem deutschen Volke in der Person Euerer Majestät Glück und Wohlfahrt auf dem jetzt neu entdeckten Lebenswege, voller Ueberzeugung daß sowohl die Deutschen als auch die Russen mit dem Beistande ihrer Kaiser alle Mißverständnisse, die ihnen auf ihrem großen historischen Wege begegnen könnten, friedlich und edel lösen werden.

Gruß und Ruhm dem Kaiser Wilhelm! Gruß dem Volke, das seinen Führer zu unterstützen gewußt hat. Gruß der Jugend, die der Welt gezeigt hat, daß ihre Liebe zu dem Vaterlande nicht geringer ist als die zu der Wissenschaft!

Daß dieser Verband der Halunken zu einer Würdigung der Reichstagswahlen in seinem Sinne kommt, beweist den sittlichen Tiefstand, den das Ergebnis der Wahlen im Auslande einnimmt, beweist aber auch, daß der Berliner Lügenverband als Macher der letzten Wahlen mit dem Pogromverband auf einer Stufe steht. Ein Kompliment für Deutschlands nationale Ehre ist ein Telegramm von dieser Sorte Menschen nicht.

Berlin unter dem Zeichen des Bauernbundes.

Mit einer Masseninvasion von Landwirten aus allen Teilen des Deutschen Reiches hat am gestrigen Sonntag die große Landwirtschaftswoche, die der Reichshauptstadt im Februar jeden Jahres ein eigenartiges Gepräge gibt, begonnen. Zu der heute, Montag, mittag im Zirkus Busch stattfindenden Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die schon seit Jahren die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ausgehenden Veranstaltungen der großen Landwirtschaftswoche einleitet, waren im Laufe des Sonntags viele Tausende Teilnehmer eingetroffen. In dem Trubel des Sonntags-Verkehrs hoben sich überall die in ihrer äußeren Erscheinung unverkennbaren markanten Bauerntypen vor. Am Abend waren sämtliche Bier- und Weinlokale sowie die Kaffeehäuser der Friedrichstadt von den auswärtigen Gästen überflutet. Die führenden Bundesmitglieder waren mit dem Bundesvorstand und den Provinzialbundesvorsitzenden im Weihenstephan in der Friedrichstraße in geselligem Verkehr vereint. Da die Generalversammlung des Bundes der Landwirte die erste politische Veranstaltung ist, welche nach den Reichstagswahlen stattfindet, so sieht man ihrem Verlauf mit besonderer Spannung entgegen. Bekanntlich ist der Bund der Landwirte jetzt wieder im Reichstag stärker vertreten. Aus dem Vorstand sind der zweite Vorsitzende Dr. Rösicke Görsdorf und der Bundesdirektor Dr. Diedrich Hahn wieder in den Reichstag eingezogen, während sie 1903 bei den Wahlen unterlegen waren. Beide werden, ebenso wie der erste Bundesvorsitzende Freiherr von Wangenheim, auf der Bundesversammlung die einleitenden Referate halten. Alsdann sprechen Reichs- und Landtagsabgeordneter Kammerherr von Oldenburg-Januschau, über: Heimatspolitik und Kolonialpolitik, und der Chefredakteur des Bundesorgans Deutsche Tageszeitung, Dr. Oertel-Berlin, über: Die endgültige Regelung der deutschen Handelsbeziehungen zum Auslande. Da viele Bundesmitglieder zu den Generalversammlungen mit ihren Frauen die Reichshauptstadt aufzusuchen pflegen, so wird, wie schon im vorigen Jahre, auch diesmal wieder, jedoch entsprechend den Bestimmungen eines Erlasses des preußischen Ministers des Innern in einem Segment den Frauen der Zutritt gegen besondere Ausweiskarten gestattet sein.

Der Geschäftsbericht des Bundes der Landwirte hebt einleitend hervor, daß die Arbeiten für die Befestigung und Erweiterung der Organisation und die sorgfältige Vorbereitung der erst 1908 zu erwartenden Reichstagswahlen durch die unerwartete Auflösung des Reichstags jäh unterbrochen wurden. Die Abteilung Organisation hat durch 72 Beamte und Redner in ganz Deutschland 8718 Versammlungen abgehalten, ungerechnet der von den lokalen Organisationen abgehaltenen Versammlungen. Trotz der im vorigen Jahre beschlossenen 50prozent gen Erhöhung des Mitgliedsbeitrages die auch, soweit es bei der vorgerückten Jahreszeit noch tunlich war, zu Durchführung gebracht wurde, ist der Mitgliederbestand von 270 000 auf 282 000 in diesem Jahre gestiegen. Die Bauern wissen auch, weshalb sie Mitglied dieser Ausbeuterorganisation werden.

Ueber die Wahlagitation verbreitet sich der Bericht ausführlich. Der Bund hat sich an einer ganzen Reihe von Reichstagsersatzwahlen im Jahre 1906 und an den allgemeinen Landtagswahlen in einer Reihe von Bundesstaaten aktiv beteiligt. Der Bericht kommt zu dem Schluß: „Alles in allem kann konstatiert werden, daß auch in den Landtagen der verschiedenen Bundesstaaten der Einfluß des Bundes zunimmt, und daß bei den Wahlen eine immer gere Annäherung des städtischen Mittelstandes und der Landwirte stattgefunden hat."

Die Eröffnung mit der Generalversammlung des Bundes der Landwirte beginnen am Montag die unter dem Namen „Große Landwirtschaftswoche" zusammengefaßten Veranstaltungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Die Mitgliederzahl der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, in der auch der gegenwärt ge preußische Landwirtschaftsminister v. Arnim Criewen bis zu seiner Berufung auf den Ministerposten eine führende Rolle eingenommen hat, ist im letzten Jahre um 925 gestiegen und beträgt jetzt rund 16 200. Das Vereinsvermögen hat eine Zunahme von 170 000 Mk. erhalten und beträgt jetzt 2 259 000 Mark.

In Verbindung mit der großen Landwirtschaftswoche halten noch eine Reihe von verwandten landwirtschaftlichen Fachorganisationen und Interessenvertretungen ihre Tagungen ab. So tagen der Verein der Spirituosfabrikanten Deutschlands (Spirituszentrale), der Verein der Stärkeinteressenten und der Kartoffeltrockner Deutschlands am 13., 14. und 15. Februar.

Während die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft sich ausschließlich mit landwirtschaftlichen Fachfragen beschäftigt und politische Fragen nicht zur Erörterung kommen, wird die Generalversammlung des Bundes der Landwirte vom Montag an den beiden nächstfolgenden Tagen Dienstag und Mittwoch, ihre Fortsetzung in der Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer finden in welcher aktuelle agrarpolitische Tagesfragen diskutiert werden, und die konservativen Politiker Freiherr von Mirbach Sorquitten, Landesdirektor Freiherr von Manteuffel-Crossen Graf Kanitz, von Kardorff und Dr. Arendt die führende Rolle spielen.

Berlin ist also für eine ganze Woche vom Geschrei der armen „Notleidenden" erfüllt. Die Nachfrage nach Champagner und Vertreter innen der freien Liebe ist groß, der Preis in aufsteigender Linie.

Zeugniszwang im Dienste der Polenpolitik.

Ueber einen krassen Fall aus dem Gebiete des Zeugniszwangsverfahrens wird dem Vorwärts aus Gnesen berichtet: Am 20. Oktober v. J. sollte eine 60jährige Trödlerin Marie Nowakowska in einem Ermittelungsverfahren gegen den Probst Piotrowicz daselbst als Zeugin vernommen werden und zwar sollte sie über den Inhalt zweier Predigten, welche Piotrowicz am 13. und 16. Oktober v. J. gehalten hat, Auskunft geben.

Sie verweigerte ihr Zeugnis und wurde wegen Zeugnisverweigerung zu einer Geldstrafe von hundert Mark eventuell zwanzig Tagen Haft verurteilt. Gleichzeitig wurde sie zur Erzwingung des Zeugnisses sofort in Haft genommen.

Der Beschluß lautet:

Beschluß:

In der Strafsache gegen den Probst Piotrowicz wegen Vergehens gegen § 130a Str.-G.-B. wird die Trödlerin Marie Nowakowska von hier, Perdemarkt 9, da sie das Zeugnis das für die Erhebung der Anklage gegen den Beschuldigten von Wichtigkeit ist, ohne hinreichenden Grund verweigert hat, obwohl sie auf die Unzulässigkeit des von ihr angegebenen Weigerungsgrundes aufmerksam gemacht worden ist, zu den Kosten und zu einer Geldstrafe von 100 Mark (Einhundert Mark), im Falle deren Nichtbeitreibung zu 20 Tagen Haft verurteilt.

Zugleich wird zur Erbringung des Zeugnisses die Haft angeordnet.

Gnesen, den 20. Oktober 1906.

Königliches Amtsgericht.

gez. Baetzold.

Nach zweitägiger Haft ließ die Frau sich vorführen und bekundete daß sie am 13. Oktober gar nicht in der Kirche gewesen und am 16. Oktober habe sie soweit vom Altar gestanden, daß sie nicht gehört habe, was der Probst predigte.

Da die arme Frau die 100 Mk. nicht erlegen konnte, mußte sie dann noch 20 Tage Haft vom 2. bis 22. Jan. abbüßen.

Das Zeugniszwangsverfahren ist ein spezifisch „deutschnationales" Rechtsinstitut das die mittelalterliche Tortur abgelöst hat, kulturell aber kaum höher als jene zu veranschlagen sein dürfte.

Dem preußischen Abgeordnetenhause ist die Druckschrift über das Gerichtsvollzieherwesen zugegangen.

Die Notwendigkeit der Strafprozeßreform macht sich außerordentlich notwendig, wie an vielen Fällen schon nachgewiesen worden ist. Ein solcher ist wiederum aus Düsseldorf zu melden. Auf dem Düsseldorfer Bahnhofe hatte sich eine Frau in arger Notlage widerrechtlich mehrere vom Waggon herabgefallene Preßkohlen im Werte von etwa 40 Pfg. angeeignet. Da sie wegen Kohlendiebstahls vorbestraft war, so mußte gegen sie der Rückfall-Paragraph zur Anwendung gelangen. Es traf sie die geringste gesetzlich zulässige Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Zur Polenpolitik. Die Nordd. Allg. Ztg. verteidigt in einem längeren Artikel die preußische Ostmarkenpolitik und kommt nach Aufzählung der bisherigen Erfolge zu nachfolgendem Schluß: Die Ausnutzung der Möglichkeit der Verstärkung des ostmärkischen Deutschtums darf nicht vorübergelassen werden, und deshalb muß für die dem Osten sich zuwendenden Volksgenossen in unsern Ostprovinzen der nötige Raum unbedingt zur Verfügung gestellt werden. Gelingt auf diesen Wege die dauernde Verstärkung des deutschen Bevölkerungselements, so wird auch die Behauptung, daß die Polenpolitik der Regierung Fiasko gemacht habe, endgültig verstummen.

Wie die preußische Polenpolitik das Deutschtum erstarkt, beweisen die vielen Verkäufe großer ehemals deutscher Besitzungen an Polen. So wird jetzt wieder bekannt, daß das deutsche Rittergut Kongsdorf bei Strasburg von dem Polen May für 400 000 Mark angekauft wurde. Die konservativen Junker die den Patriotismus und die nationale Ehre in Erbpacht genommen haben greifen recht gern zu, wenn es einen Erbpacht gilt, denn auch für sie gilt das Wort: non olet (Geld stinkt nicht), selbst wenn es von den so schwer bekämpften Polen kommt. — Der Schulstreik soll angeblich in Westpreußen immer mehr zurückgehen. So befänden sich zurzeit nur noch 241 Schulen mit 7719 Kindern im Ausstand. Auch diese Zahl genügte schon, wenn sie auch nicht offiziell so rosig gefärbt wäre. Die Regierung aber arbeitet auch weiter mit Mitteln die man nicht gerade schön nennen kann. So wurden vom Gymnasium in Nakel drei Schüler relegiert, weil ihre Väter sich in eifrigster Weise am Schulstreik beteiligten. Die Väter hatten ihren andern Kindern welche die Volksschule besuchen, die Teilnahme am deutschen Religionsunterricht verboten und auch andere Eltern zur Teilnahme am Schulstreik zu gestachelt. Was können die Kinder dafür, wenn die Väter nach ihrer Ueberzeugung handeln? Dafür ruiniert man die Zukunft der jungen Leute. Ist das christlich vom christlichsten Staate? —

Und jedes unter dem Zeichen des Schulstreiks begangene „Verbrechen" wird schwer geahndet. Die Strafkammer in Hohensalza verurteilte den Arbeiter Grembowicz, der aus Anlaß des Schulstreiks einen Lehrer tätlich beleidigt hatte, zu sechs Monaten Gefängnis. Dieselbe Strafe erhielt von der Strafkammer in Schrimm der Bürger Szymanski aus Kurnik wegen Beleidigung des Kurniker Hauptlehrers. Und das Schöffengericht in Bentschen verurteilte zehn Frauen aus Gozdziszewo zu einer und zwei Wochen Gefängnis.

1000 Millionen für die afrikanische Sandwüste — 100 Mk. für einen Gelehrten.

Am Germanischen Museum ist die Stelle eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters sofort zu besetzen. Gehalt monatlich 100 Mark. Verlangt wird abgeschlossenes Universitätsstudium in Kunstgeschichte. Gesuche sind an das Museum zu richten.

Nürnberg, 26. Januar 1907.

Germanisches Museum.

So lautet eine Anzeige im letzten Heft der Seemannschen Kunstchronik. Ist es nicht herrlich, ist es nicht großartig? 100 Mark im Monat einem studierten Manne! Das gewährt der Ordnungsstaat, der Förderer des Blockliberalismus seinen Gebildeten! Und verlangt außerdem noch, daß die so herrlich Bezahlten ihre politische Meinung extra noch zugeben.

Religion ist Privatsache. In dem Berliner Zentrumsblatt, der Germania, finden wir dieses wertvolle Geständnis:

Man möge in liberalen Kreisen doch einmal darüber entscheiden, ob **ein Atheist, welcher die Religion für Privatsache erklärt,** oder aber ein **Liberaler,** der vielleicht auch Atheist ist, aber die **Unterdrückung der katholischen Religion** nach der Ansicht des Evangelischen Bundes als eine **politische Aufgabe** betrachtet, der gefährlichere Feind der katholischen Kirche in Deutschland ist.

Die Germania hat den Satz des sozialdemokratischen Programms, der die Erklärung der Religion zur Privatsache fordert, nicht immer so zutreffend interpretiert. Vielmehr zeigte sie sich sonst stets bemüht, diesen Satz, der die Meinungsfreiheit und freies Vereinigungsrecht, Entkleidung der Glaubensgenossenschaft von aller Zwangsstaatlichkeit und Befreiung des Staates von aller Zwangskirchlichkeit fordert, als Greuel aller Greuel hinzustellen. Im Jahre 1903 wurde sogar in schwarzen Gegenden ein Flugblatt verbreitet, worin anschaulich geschildert war, wie die stets betrunkenen Sozialdemokraten unter dem Rufe „Religion ist Privatsache" ihre frommen Mütter mit Stuhlbeinen zu erschlagen pflegen. Umso erfreulicher ist die Bekehrung der Germania. Hoffentlich hält sie vor!

Die liberale Aera ist noch nicht da, aber sie kommt nächstens ganz gewiß. So erfährt man jetzt auf dem Umwege über Paris, wo der Temps den Inhalt einer Unterredung veröffentlich, die sein Berliner Vertreter „mit einer dem Reichskanzler sehr nahestehenden Persönlichkeit" gehabt hat. Die Persönlichkeit, „deren Namen aus wichtigen Gründen verschwiegen wird", habe gesagt, der Kanzler denke gar nicht daran, mit dem Zentrum zu regieren. Er könne wohl zunächst (!) nicht eine Politik in ausschließlich liberalem Sinne machen, denn dazu brauchte er eine große und starke liberale Partei, aber er werde den Liberalen weiten Spielraum geben in Erwartung der großen liberalen Partei, die vielleicht die Zukunft bringen wird, und die dem Fürsten Bülow „ja sogar dem Kaiser" durchaus nicht unwillkommen wäre.

Auf Befehl des Kaisers wird also demnächst die große neue liberale Aera eröffnet werden. Einstweilen, um dahin zu gelangen, wünscht man eine „nationale Mehrheit," die uns nicht bei jeder militärischen oder kolonialen Ausgabe Schwierigkeiten macht. Wir vermögen die „wichtigen Gründe", die den Temps hindern, seinen Gewährsmann zu nennen, nicht anzuerkennen. Warum soll es hier nicht gleich gesagt werden, daß die dem Reichskanzler „nachstehende Persönlichkeit" der neue journalistische Küchenchef, Herr August Stein von der Frankfurter Zeitung, war, der dem französischen Kollegen einen Schwätz aufgebunden hat, den er selber nicht glaubt.

Ein echt „freisinniger" Abgeordneter, der zum Kadi läuft, ist der an Stelle unseres Genossen v. Elm in Elmshorn-Pinneberg gewählte freisinnige Volksparteiler Carstens, der gegen unseren Genossen Zubeil und den verantwortlichen Redakteur der Schleswig-holsteinischen Volkszeitung wegen scharfen Zufassens im Wahlkampfe Strafantrag gestellt hat. Wahrscheinlich verlangt das auch die nationale Ehre, sich während der Wahlbewegung vom Kadi beschützen zu lassen.

Wie Majestätsbeleidigungs-Prozesse entstehen. Wegen angeblicher Beleidigung Wilhelms II. hatte sich der Arbeiter Gustav Scholz aus Neukirch vor der Breslauer Strafkammer zu verantworten. Die Beleidigung sollte am 3. November 1906 im Gasthause von Nitschke in Neukirch verübt worden sein. Denunziant und Belastungszeuge war der Kassenbote der Iduna, Karl Bittwehm. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten, da Bittwehm bei Gericht einen sehr unzuverlässigen Eindruck machte. Auf den Staatsanwalt scheint der Denunziant jedoch diesen unzuverlässigen Eindruck nicht gemacht zu haben, denn sonst wäre ja gar keine Anklage erhoben worden. Man sieht aber auch hier wieder,

---

„Nein," erwiderte er, „aber Du hast mich stets als Freund angesehen, und in dieser Eigenschaft verdiente ich ein wenig Offenheit und Vertrauen."

Nun drang er so hartnäckig und solange in mich, ihm mein Geheimnis zu offenbaren, daß ich, der ich ihm bisher nie etwas verschwiegen hatte, ihn zum Vertrauten meiner Leidenschaft machte. Er hörte mich mit einer Miene der Unzufriedenheit an, die mich erbeben ließ. Besonders bereute ich die Unvorsichtigkeit, ihn in meinen Fluchtplan eingeweiht zu haben. Er erklärte mir, er sei zu sehr mein redlicher Freund, um sich der Ausführung dieses Planes nicht mit allen Kräften zu widersetzen. Erst aber wolle er mir alles vor die Seele halten, was imstande sein könne, mich davon abzubringen, verzichte ich dann nicht selbst auf dieses schmähliche Vorhaben so würde er es zur Kenntnis von Personen bringen, die es sofort vereiteln würden. Hierauf hielt er mir eine ernste Rede, die über eine Viertelstunde währte und wieder mit der Drohung schloß, mich zu verraten, wenn ich ihm nicht mein Ehrenwort gebe, mit mehr Vernunft und Ehrsamkeit handeln zu wollen.

Es setzte mich in Verzweiflung, mich an so unrechter Stelle offenbart zu haben. Doch hatte die Zauberkraft der Liebe meinen Geist seit wenigen Stunden schon so aufgeklärt daß ich mich besann, ihm ja den Zeitpunkt der verabredeten Flucht nicht angegeben zu haben, und sofort beschloß, ihn durch eine List zu täuschen.

„Ich hielt Dich bisher für meinen Freund, Tiberge," sagte ich zu ihm, „und wollte Dich durch diese Mitteilung auf die Probe stellen. Es ist wahr: ich liebe, darin täuschte ich Dich nicht. Was aber die Flucht betrifft, so ist das keine leichtfertig zu unternehmende Sache. Hole mich morgen um neun Uhr ab, ich werde Dich mit meiner Geliebten bekannt machen dann urteile selbst ob sie verdient, daß ich einen solchen Schritt für sie unternehme."

Mit hundert Freundschaftsversicherungen verließ er mich jetzt.

Die Nacht verwendete ich dazu, meine Angelegenheiten zu ordnen, und als ich gegen Tagesanbruch nach Fräulein Manon in den Gasthof kam fand ich sie fertig und mich schon erwartend. Sie saß an ihrem nach der Straße gelegenen Fenster, um mich selbst einlassen zu können, sobald sie mich kommen sah. Wir entfernten uns geräuschlos. Sie besaß kein Gepäck als einige Kleidungsstücke, welche ich ihr sofort abnahm. — Der Wagen stand bereit, und bald hatten wir die Stadt hinter uns.

Ich werde späterhin erzählen, was Tiberge begann als er erfuhr wie abscheulich ich ihn betrogen hatte. Sein Freundschaftseifer erkaltete dennoch nicht. Sie werden sehen wie weit er ihn trieb und wie bittere Tränen ich bei dem Gedanken vergießen müßte: welchen Lohn er fand!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070212-11/fragment/page=0002

wohin das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft führt, deshalb fort mit diesem Monopol und fort mit dem § 95 des Strafgesetzbuches.

Ausland.

Frankreich. In Lyon hielt am Sonnabend Jaures einen Vortrag über das Programm der sozialistischen Partei. Der Führer der französischen Bruderpartei erklärte, die Taktik der Partei könne zwar in der Form Abänderungen erfahren, aber die Grundidee bleibe immer die Opposition gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung, bis eine neue kooperative Gesellschaft gegründet sei. Die Sozialisten werden die Einkommensteuer trotz allen eventuellen Börsenmanövern unterstützen. Auf die Wahlen in Deutschland eingehend, erklärte Jaures, daß in Frankreich die reaktionären und radikalen Parteien voreilig die Unterdrückung der deutschen Sozialdemokratie proklamiert hätten. Es sei richtig, daß die deutschen Sozialisten zahlreiche Mandate eingebüßt hätten. Aber wenn gegen eine Partei, wie es hier tatsächlich der Fall gewesen sei, alle übrigen Parteien mobil gemacht werden, und dann der Kaiser selbst die Kriegstrompete schmettert und zum Kampfe auffordert, und wenn man das ganze Land zu vereinen sucht, daß man dann über die Sozialisten den Sieg davontrüge, sei klar. Und wenn man andrerseits sieht, daß die Wähler der besiegten Partei trotzdem um eine Viertelmillion zugenommen haben, daß drei Millionen dreihunderttausend sozialistische Wähler sich erhoben haben, kann man dann noch von einer Erdrückung der Sozialdemokratie reden? Jaures kritisiert dann die Haltung der französischen Bourgeoisie, die die heimatlichen Sozialisten als vaterlandslose zu zeichnen sucht. Zum Schluß erklärte Jaures, er glaube nicht an eine bevorstehende Gefahr seitens Deutschlands. Er vertrete die Ansicht, daß der deutsche Kaiser, wenn er das Reichspferd zum Bäumen bringe, und von diesem Pferde spreche, wie ein begeisterter Kavallerie-Offizier, er wahrscheinlich ein innerpolitisches Manöver zur Ausführung bringen wolle. Jaures schloß seine Rede, indem er Frankreich und die Revolution pries. Frankreich müsse wie früher ein Land der Hoffnung, der Freiheit und der Gleichheit bleiben. Die Versammlung nahm dann eine Resolution an, welche die Taktik der gemäßigten sozialistischen Partei billigt.

England. Die Londoner Frauenrechtlerinnen organisierten am Sonnabend eine neue Kundgebung, die freilich von der Witterung ungünstig beeinflußt war. Mehrere tausend Frauen zogen an der Trafalgar-Statue vorüber und begaben sich dann zum Hydepark. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

Montenegro. Gar nicht in den Rat der modernen Fürsten scheint der Fürst der schwarzen Berge zu passen, denn er beschäftigt sich zum Unterschied von den meisten seiner westeuropäischen Berufsgenossen gelegentlich auch mit Fragen, die außerhalb des militärischen Gebiets (einschließlich der Bekleidungsbranche) oder der Weltpolitik liegen. Er sprach sich in der Konferenz mit den neuen Ministern über die Abschaffung der Todesstrafe aus und hat den Justizminister beauftragt, in der Skupschtina eine bezügliche Vorlage zu unterbreiten. Wie wild und unkultiviert muß doch die Ansicht dieses Fürsten sein.

Preußischer Landtag.

Die Nationalliberalen interpellierten am Sonnabend im Abgeordnetenhause den Kultusminister Dr. v. Studt wegen seines berüchtigten Bremserlasses, der die Bezirksregierung anweist, der Erhöhung der Lehrergehälter in den Städten die Zustimmung zu versagen. Der durchgefallene Kandidat für Calbe-Aschersleben, Kammergerichtsrat Schiffer, einer der Väter des Schulgesetzes, dem er auch seine richterliche Karriere mitverdankt, begründete die Anfrage in echt nationalliberaler Waschlappigkeit damit, daß seine Partei dem Minister Gelegenheit habe geben wollen, „etwaige Mißverständnisse zu beseitigen", um die gestörte Harmonie der Nationalliberalen und der Schulverwaltung wieder herzustellen. Herrn Studts Antwort warf ihn aus allen Himmeln. Der Minister des Geistes, der unfähig ist, die einfachste Rede zu verstehen oder zu halten, las eine wahrscheinlich vom Ministeraldirektor Schwartzkopff verfaßte Sammlung massiver Grobheiten gegen die Nationalliberalen vor. So warf er ihnen vor, daß sie den ganzen Rummel gegen ihn bloß inszeniert hätten, um den durch ihre schandbare Zustimmung zum Volksschulverpflaffungsgesetz stark ramponierten Ruf der liberalen Bildungsfreundlichkeit wieder etwas aufzulackieren. Früher hätten sie ihn selbst aufgefordert, der „Landflucht" der Lehrer durch Erhöhung der Landlehrergehälter und Herabdrückung der Bezüge der städtischen Lehrer entgegenzuwirken. Auch das war bezeichnend für die Kommunalverwaltung unter dem Dreiklassenwahlgesetz, daß Herr Studt mitteilen konnte, er habe 2000 Gemeinden erst gewaltsam zur Ausbesserung ihrer erbärmlichen Lehrergehälter zwingen müssen. Allerdings sieht man danach erst recht nicht ein, warum die Regierung dann noch einen besonderen Erlaß gegen die Erhöhung der Lehrergehälter herausgeben mußte. Herr Studt bekam denn auch in der Debatte die er recht provozierend und beinahe lächerlich mit dem Selbstlob würzte, daß er mit fast übermenschlicher Anstrengung an der Besserung der Lebenslage der Lehrer arbeite, manche Wahrheit zu hören. Vor allem die Nationalliberalen waren wütend und nannten seine Art der Polemik das Unerhörteste, was je im Parlament vorgekommen sei. Der Freisinnige Cassel schalt die Schulbureaukratie unerträglich und ihre Eingriffe in die Selbstverwaltung der Gemeinden empörend. Und selbst das Zentrum und die Freikonservativen gaben Herrn Studt zu verstehen, daß er keine glückliche Hand gehabt und nicht das nötige Maß von Geschick gezeigt hätte. Nur die Konservativen gaben dem Minister ein uneingeschränktes Vertrauensvotum. Für sie, die alle Lehrer nach dem Trakehnerrezept behandeln möchten, geschieht für die Lehrer überhaupt schon viel zu viel. Auch der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben äußerte seine lebhafte Freude darüber, daß Preußen einen Kultusminister habe, der den „Sport der Lehrergehaltserhöhung" nicht mitmache. Herr v. Studt hörte sich lächelnd die ganze Debatte an, von der er wahrscheinlich gar nichts verstand. Er ließ durch seine Räte die Lehrer auf das künftige Lehrerbesoldungsgesetz vertrösten, das nach des Frhrn. v. Zedlitz Wort wahrscheinlich keiner mehr von ihnen erleben wird. Alles in allem, ein entzückender Anfang der erträumten „liberalen Aera"! Die Liberalen, die während der Reichstagswahlen schon Prof. Harnack als Kultusminister sahen, sind grausam enttäuscht worden. Ob sie nun endlich nach dem Reichstagswahlrausche nüchtern werden?!

Zur Revolution in Rußland.

Aus Sibirien. Die politischen Verbannten in Nargin werden mit größter Strenge behandelt. Sie müssen Hunger und Kälte leiden ohne daß jemand sie unterstützen darf. Denn ihnen irgendwie Hilfe zu leisten wird von den Behörden in Tomsk als das größte Verbrechen angesehen. Hilfe kann diesen Armen daher nur heimlich gewährt werden. Die Bauern, welche von Tomsk nach Nargin fahren, weigern sich aus Furcht vor den Behörden, irgend eine Fracht für die Verbannten mitzunehmen. Aus Petersburg waren z. B. für die Verbannten 106 Pud Bücher gesandt worden. Diese Bücher liegen heute noch in Tomsk und können nicht weiter befördert werden. — Andere terroristische Akte des Gouverneurs sind fast alltäglich. Die Setzer der Gouvernementsdruckerei weigerten sich, die reaktionäre Zeitung Wremja zu setzen. Der Gouverneur Rollen drohte ihnen mit Verbannung nach Nargin, und die patriotische Zeitung erschien wieder. Auch den Redakteuren progressiver Zeitungen droht der Gouverneur mit Nargin. Aber der Gouverneur verfolgt die Zeitungen nicht nur für Artikel, die sie bringen, sondern auch für solche, die sie nicht gebracht haben. Jetzt verfolgt man nämlich eine, weil sie von der Aufführung des Stückes Das Leben für den Zaren im Theater der Oper eine Notiz genommen hatten.

Erfolge der russischen „Beruhigungs"politik. In der Woche vom 16. bis 22. Januar 1907 wurden 30 Personen hingerichtet. Im ganzen wurden bis zum 22. Januar 673 Personen hingerichtet. Getötet wurden ein Gefängnisdirektor, der Chef einer Gouvernements- — Gendarmerieverwaltung —, ein Dampferkapitän, ein Polizeioffizier, zwei Schutzmänner, drei Dorfschutzmänner, ein Detektiv, ein Gefängniswärter, ein Fabrikdirektor und 20 Privatpersonen, also im ganzen 32 Mann. — Verwundet wurden ein Arzt, drei Polizeioffiziere, ein Eisenbahnstationschef, elf Schutzmänner, zwei Detektivs, ein Gendarm, ein Forstverwalter, ein Gefängniswärter, ein Dragoner und 15 Privatpersonen, im ganzen also 39 Mann. Verhaftet wurden aus politischen Gründen 145 Personen. Acht Zeitungen und Zeitschriften wurden unterdrückt. Von der Polizei wurden neun geheime Druckereien, vier Bomben, ein Lager verbotener Schriften und 10 000 Stück Patronen zu Mausergewehren mit Beschlag belegt.

Auslieferung des Jakob Tschernjak? Noch frisch in aller Erinnerung ist der Fall des vor kurzem verstorbenen Raphael Gotz. Von dem Polizeidepartement der Vorbereitung des Attentats gegen den Minister v. Plehwe beschuldigt, wurde er auf Verlangen der russischen Regierung in Italien verhaftet und entging nur mit knapper Not der Auslieferung. Ein ganz gleichartiger Fall spielt sich an dem entgegengesetzten Ende Europas, in Schweden, im gegenwärtigen Augenblicke ab. In Stockholm wurde ein Russe, Namens Jakob Tschernjak, verhaftet, dessen Auslieferung die russische Regierung dringend fordert. Tschernjak wird beschuldigt, den bekannten bewaffneten Ueberfall in der Fonarnaja Gasse am 27. Oktober „vorbereitet" zu haben, bei welchem einem Zollbeamten 800 000 Rubel gewaltsam entrissen wurden (wegen dieses Ueberfalls wurden mehr als zehn Menschen hingerichtet!) Der Beschuldigte kann sein Alibi nachweisen, da er bereits eineinhalb Monate vor diesem Ueberfall im Auslande war. Die Monate September, Oktober und November hat Tschernjak in Berlin, Paris und in der Schweiz zugebracht. Auf provokatorische Weise in die Heimat zurückgerufen, machte er aber in Stockholm Halt, da ihn seine Freunde vor der Rückkehr nach Rußland warnten. Hier in Stockholm wurde er nun auf Veranlassung der russischen Polizei verhaftet, welche ihm scheinbar auf Tritt und Schritt gefolgt war. Die schwedische Regierung ist einverstanden, Tschernjak auszuliefern, unter der Bedingung, daß er nur wegen gewöhnlichen Raubes und Todschlages vor Gericht gestellt werde. Natürlich kann man keinen Augenblick daran zweifeln, daß die russische Regierung, wenn sie einmal Tschernjak in ihren Händen hat, die Gelegenheit, sich eines unbequemen Feindes zu entledigen, nicht unbenützt vorübergehen lassen wird.

Da Tschernjak der schwedischen Regierung die Beweise für sein Alibi vorlegen konnte, fand seine Auslieferung vorläufig nicht statt. An der westeuropäischen öffentlichen Meinung ist es nun, das ihrige dazu beizutragen, um den nötigen Druck auf die schwedische Regierung auszuüben und dem Zarismus ein unschuldiges Opfer zu entreißen, in das er bereits seine Krallen geschlagen hat. Die französische Presse hat bereits lauten Protest gegen die Auslieferung erhoben, so z. B. die Humanité und die Aurore. Die französische Liga der Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte und die Gesellschaft der Freunde des russischen Volks haben sich an den Präsidenten des schwedischen Reichstags mit einer Depesche gewandt, in der sie im Namen der Ehre des schwedischen Volks bitten, den Jakob Tschernjak unter seinen Schutz zu nehmen. Die Depesche ist von Fr. de Pressensé, Anatole France und Pierre Quillard unterzeichnet.

Wir sind überzeugt, daß auch die unabhängige Presse Deutschlands ihre Stimme laut erheben wird, um die Auslieferung Tschernjaks zu vereiteln. Es handelt sich um ein Menschenleben! Und so hat denn auch der Vorwärts, sowie verschiedene andere sozialdemokratische und einige bürgerliche Blätter scharfen Protest eingelegt, dem wir uns aus vollem Herzen anschließen.

Neue Provokation der russischen Polizei. Uns wird aus vielen Orten mitgeteilt, daß die russische Polizei sich eines neuen Mittels bedient, um die ihr nötigen Personen in ihre Hände zu bekommen. Es treffen auf den Namen von Personen, die sich im Auslande befinden, Telegramme ein, in denen die schwere Erkrankung naher Angehöriger mitgeteilt wird. Natürlich reisen die betreffenden Personen schleunigst nach der Heimat ab und werden dann entweder schon an der Grenze oder erst am Wohnort verhaftet. Es sind bereits mehrere Personen auf diese Weise in die Falle gegangen. Wir empfehlen den russischen Genossen größere Vorsicht!

Gewerkschaftliches.

Zu den Aussperrungen in Lodz. Der Verband der Fabrikanten hat den von der Gesellschaft für polnische Kultur vorgeschlagenen Ausweg die Entscheidung in dem Streit mit den Arbeitern einem Schiedsgericht zu übertragen, abgelehnt und dadurch in allen Schichten der Bevölkerung starke Entrüstung erregt. Die Initiatoren der Aussperrungen sind aber nach dem Ausspruch des Herrn Posnanski voller Glauben an die gewaltige Kraft des Hungers und an ihren endgültigen Sieg. Trotz der unerhörtesten Not, trotz Hunger und Kälte halten sich die Arbeiter tapfer weiter. Gleich Schatten irren die erschöpften Menschen durch die Straßen. Die Unterstützung, welche von den Arbeitern der anderen Fabriken erwiesen wird, ist unreichend, und die Hilfskomitees sind einem solchen Umfange der Not gegenüber völlig machtlos. Nach der von den Parteien abgegebenen Erklärung, daß die zahlreichen Morde unter den Arbeitern das Werk dunkler Elemente seien, die mit den Lodzer Arbeiterorganisationen nichts gemein haben, wurde beschlossen, alle Maßregeln zu ergreifen, um dem brudermordenden Krieg ein Ende zu machen. Das Ergebnis war, daß die blutigen Zusammenstöße aufhörten, hauptsächlich dank den Bemühungen der P. P. S. Infolgedessen erhielten die Posnanskischen Arbeiter die Erlaubnis, Versammlungen zur Besprechung ihrer Lage zu veranstalten. In der ersten Versammlung beschlossen die Arbeiter, unter keinen Umständen solche Bedingungen anzunehmen, welche für die Arbeiterklasse erniedrigend wären. Indem sie sich einverstanden erklären, die normale Arbeit wiederaufzunehmen, sich vor dem Ingenieur Steffenson zu entschuldigen usw. usw. weigern sie sich entschieden, diejenigen Arbeiter, die sich in keiner Weise vergangen haben, „den anderen zum warnenden Beispiel" aus ihrer Mitte auszuschließen (Bekanntlich wollte die Posnanskische Fabrik zuerst jeden fünften Arbeiter entlassen, hat sich aber dann mit 100 Entlassungen begnügt.) Die Versammlung beschloß, eine Deputation aus fünf Mitgliedern nach Berlin zu entsenden, welche dem „Verband der Fabrikanten" erklären soll, daß, wenn die in der Proskriptionsliste verzeichneten Personen irgend etwas begangen haben sollten, was ihren Kameraden zur Schande gereicht, sie von den Arbeitern selbst aus ihrer Mitte ausgestoßen werden würden. Widrigenfalls würden die Arbeiter nicht zulassen, daß man aus bloßen Rachegelüsten Unschuldige bestrafe, und würden weiter bis zum Ende kämpfen.

Petersburger Lederarbeiter-Verband. Dieser Tage erschien Nr. 1 des Lederarbeiter, der den gewerkschaftlichen Interessen der Lederarbeiter gewidmet ist. Wie alle andern Gewerkschafts-Verbände ist auch der Lederarbeiter-Verband in den „Tagen der Freiheit" entstanden. Zuerst waren es drei einzelne Verbände (Etuimacher, Lederarbeiter, Sattler), diese haben sich dann, Ende Juli 1906, zu einem einzigen Verbande vereinigt. Am 1. August zählte der Verband bereits 449 Mitglieder; trotz den Verfolgungen seitens der Regierung wuchs die Zahl der Mitglieder stetig fort, und zurzeit beträgt sie 587. Nach den Berufen verteilen sich die Mitglieder etwa folgendermaßen: 32 Prozent Etuimacher, 30 Prozent Sattler, 29 Prozent Lederarbeiter, 9 Prozent Arbeiter der mechanischen Schuhfabrikation. — Das Kapital des Verbandes beträgt 350 Rubel 80 Kopeken. — Gleich nach dem Erscheinen der Nr. 1 des Lederarbeiter wurde die Zeitung von der Behörde schleunigst aufgehoben.

Versammlungsberichte.

Steinsetzer, Halle. In der letzten Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß wir unsere Versammlungen nicht Sonnabends abhalten können, da an diesem Tage sämtliche Räume im Weißen Roß vergeben sind. Es wurde beschlossen, die Versammlungen bis auf weiteres noch Sonntags abzuhalten. Hierauf gab der Kartelldelegierte einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Kartells im vorigen Jahre und forderte zu der am 10. Februar bei Streicher stattfindenden Gewerkschafts-Versammlung auf. Betreffs „Lohnfrage der Hilfsarbeiter" wurde angeregt, in einer öffentlichen Versammlung diesen Punkt nochmals zu behandeln und alle in Betracht kommenden Arbeiter durch Handzettel einzuladen. Da in der letzten Versammlung nur vier Hilfsarbeiter anwesend waren, war es leider nicht möglich etwas positives zu schaffen. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten geregelt, erfolgte um 7 1/4 Uhr Schluß der überhaupt sehr schlecht besuchten Versammlung. H. E.

Verband der Zimmerer, Halle. Am 2. Februar tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die einen mäßigen Besuch aufwies. Die Ergänzungswahlen zum Vorstand ergaben folgendes Resultat: Als erster und zweiter Vorsitzender wurden die Kameraden Reinhold Brünner und Friedrich Hebenstreit gewählt. Als erster Kassierer wurde Kamerad Karl Müller und an Stelle des Kassierers des zweiten Bezirks Kamerad Leonhard Kachold gewählt. Weiter legte Kamerad Vetter aus geringen Gründen seinen Posten als Kassierer des dritten Bezirks nieder. Diese Wahl konnte nicht erledigt werden. Die Anträge zur Aenderung des Statuts sollen der General-Versammlung unterbreitet werden. Unter Verbands-Angelegenheiten wurde der Versammlung bekannt gegeben, daß aus der Lokalkasse 50 Mk. dem Wahlfonds überführt wurden. Die Versammlung erklärte sich einverstanden. Auch wurde auf den Versammlungsbeschluß vom vorigen Jahre hingewiesen, daß ein jeder in Arbeit stehender Kamerad in der beitragsfreien Zeit eine Lokalfondsmarke (à 10 Pfg. pro Woche) zu nehmen hat. (Eingeg. 6. Febr.) M. K.

Fabrikarbeiter, Halle. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde in der Versammlung am 2. Februar vorgelegt. In der Generalversammlung soll sich Kollege Dannehl über die am Orte vorzunehmende Organisierung äußern.

Dann wurde berichtet, daß zwischen Herrn Bänsch, Besitzer der Porzellanfabrik in Lettin, und den acht Arbeitern noch vor Ablauf der Kündigung eine Einigung zustande gekommen war. Pro Arbeiter und Woche betrug der Abzug ungefähr fünf Mark, davon ist ihnen die Hälfte wieder zugesprochen worden. Nachdem noch auf die Gewerkschaftsversammlung, welche am 10. Febr. nachmittags 3 1/2 Uhr bei Streicher stattfindet und auf unser Vergnügen am 16. März im Bellevue, bestehend in Konzert, Theater und Ball, hingewiesen, erfolgte nach einigen anfeuernden Worten des Geschäftsführers Schluß der Versammlung. W. K.

Oeffentliche Versammlung, Weißenfels. Am letzten Donnerstag fand in Stadt Naumburg eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Genosse Frei-Leipzig referierte über das Thema: Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl. In klarer Weise erläuterte er die Fehler und Ursachen, die zu der Niederlage unserer Partei führten und forderte auf, jetzt das Versäumte eifrig nachzuholen. Durch Anschluß an die Organisationen, durch Aufklärung der Indifferenten in Stadt und Land muß jetzt der Boden geschaffen werden, der nötig ist, um die Scharte wieder auszuwetzen. In der Diskussion kennzeichnete Genosse Gerhardt-Zeitz nochmals die Kampfesweise der Gegner. Der Vorsitzende weist ebenfalls auf die Kampfesweise der bürgerlichen Presse hin und fordert zum Abonnement des Volksblattes auf. Nach einer kurzen Skizzierung lokaler Verhältnisse, wurde die Versammlung geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: **Oskar Fröhlich** in Halle.

Zur Unterstützung der Phosphorbehandlung der Säuglinge bei englischer Krankheit empfiehlt sich als ausgezeichnetes Nährmittel Kufekes Kindermehl, welches die im Magen des Kindes zu großen Klumpen gerinnende Kuhmilch nicht nur zu einer feinflockigen, der Muttermilch ähnlichen Gerinnung zwingt und so den Verdauungssäften leichter zugänglich macht, sondern dadurch auch die so oft bestehende chronische Stuhlverstopfung beseitigt, zugleich aber durch seinen reichen Gehalt an leichtverdaulichen Eiweiß- und Mineralstoffen die Muskelfleisch- und vor allem auch die mangelhafte Knochenbildung auf das günstigste beeinflußt. Endlich wirkt Kufekes Kindermehl auch anregend auf den darniederliegenden Appetit ein.

Hohenlohesche Erbswurst

liefert in wenig Zeit, für wenig Geld
nur mit Wasser gekocht
eine vorzügliche Erbsensuppe nach echter Hausmacherart.
Mit Speck, Schinken, Schweineohren u. ohne Einlage.

Grosse Preisermässigung für Schlittschuhe

wegen vorgerückter Saison,

sonst **6.00**	sonst **4.75**	sonst **3.80**	sonst **1.70**	sonst **0.75**
jetzt **4.80**	jetzt **3.85**	jetzt **2.95**	jetzt **1.20**	jetzt **0.55**

5 Prozent Rabattmarken auf alle Waren.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Schmelzers-Höhe, Eichendorffstraße 19.

Dienstag den 12. Februar

gr. Schlachtefest

Es ladet freundlichst ein Fr. Emmerich.

Soziald. Verein Merseburg.

Donnerstag den 14. Februar abends 8½ Uhr in der „Funkenburg"

Versammlung.

Tagesordnung: 1. „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen?" 2. Verschiedenes.

Alle Parteigenossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Halle a. S. **Halle a. S.**

Frauen-Versammlung.

Dienstag den 12. Februar abends 8 Uhr im Konzerthaus, Karlstr. 14 wird Frau **Ruben-Hamburg** referieren.

An alle Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse ergeht das Ersuchen, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Männer haben Zutritt. Die Einberuferin.

Konsumverein Trebnitz.

E. G. m. b. H.

Bilanz am Schlusse des 9. Geschäftsjahres 1906.

Vermögen:	Vor Verteilung der Erübrigung		Nach Verteilung der Erübrigung	
An Ausleihkonto	341	33	341	33
„ Sparkassengelderkonto	75	76	75	76
„ Gerätekonto	1		1	—
„ Kassakontrollkonto	755	01	755	01
„ Mietenkonto	77	—	77	—
„ Grundstückskonto	14800		14800	
„ Warenkonto	11055	21	11055	21
„ Lieferantenmarken-Abzugskonto	52	60	52	60
	27157	91	27157	91

Verpflichtungen:		Vor Verteilung der Erübrigung		Nach Verteilung der Erübrigung	
Per Reservefonds		1194	30	267	7[illegible]
„ Spez.-Reservefonds		409	86	469	86
„ Hausbaukonto		3345		3345	—
„ Mitgliederanteilkonto		3055	14		
a) Geschäftsanteile	2529.85				
b) Guthaben Ausgeschiedener	631.20				
c) Unabgehobene Rückvergütung	1729.27			4800	3[illegible]
„ Gehälterkonto		128	32	128	3[illegible]
„ Kautionsgelderkonto		2000	—	2000	
„ Hypothekenkonto		10100	—	10100	—
„ Warenkonto		3824	09	3824	0[illegible]
„ Darlehnkonto		132	60	132	60
„ Rückvergütungskonto		2908	60	1000	
		27157	91	27157	91

Eingetreten waren 11, ausgetreten 40, Bestand 149 Mitglieder.

Die Geschäftsguthaben hatten sich um 407.74 Mk. und die Haftsumme um 580.00 Mk. vermindert. Letztere beliefen sich auf insgesamt 2980.00 Mk.

Die **Warenabgabe** betrug diesmal **43996.93 Mk.**, die Erübrigung 4836.12 Mk. Letztere, einschließlich 250.00 Mk. Vortrag, kam wie folgt zur Verteilung:

1. als 4% Kapitaldividende . . . . . 122.28 Mk.
2. als 10% Rückvergütung auf 38322.00 Mk. . . . . 3832.20 „
3. als Zuschreibung zum Reservefonds . . . . . 131.64 „
4. als Vortrag auf neue Rechnung . . . . . 1000.00 „

Sa.: 5086.12 Mk.

Trebnitz, den 8. Februar 1907.

Konsumverein zu Trebnitz b. Luckenau, e. G. m. b. H.

Heller. Kürbitz. Heine.

Konsumverein „Vorwärts" für Schkeuditz u. Umg.

E. G. m. b. H.

Montag den 25. Februar 1907 abends 1/29 Uhr im „Lindenhof"

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Halbjahrs-Geschäftsbericht.
2. Antrag des Vorstandes: Einführung einer Sterbekasse aus Mitteln des Dispositionsfonds.
3. Anträge der Mitglieder.
4. Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 17. Februar in Händen des Vorstandes sein.

Der Vorstand. Conrad Müller. Paul Hübler. Max Schulze.

Stadt-Theater in Halle.

Direktion: **M. Richards.**

Dienstag den 12. Februar: 146. Abonnements-Vorstellung. 2. Viertel. Umtauschkarten gültig.

Zum Gedächtnis Richard Wagners gestorben am 13. Februar 1883).

Die Meistersinger von Nürnberg. Op. in 3 Akt. v. Rich. Wagner. Anf. 7 Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Mittwoch den 13. Februar 1907: 147. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel. Umtauschkarten ungültig.

Gastspiel des grossherzogl. badischen Hofschauspielers Franz Ludwig.

Das Glück im Winkel. Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann.

Nordsee-Halle.

Seefische Volksnahrung!

Dienstag früh grosse Zufuhr aller A ten lebendfrischer Seefische.

Verkauf zu billigstem Tagespreise.

Täglich frische Räucherwaren:

ff. engl. Vollbücklinge, Kieler Sprotten, ff. Spickaale, alle Grössen, Flundern, Makrelen, Seelachs, Schellfisch.

Grosse Riesen-Salzheringe Stück **10** Pf.
3 Stück wiegen zirka 2 Pfund.

Grosse Riesen-Rollmöpse 3 Stück **10** Pf.

„Nordsee-Halle"

Teleph. 1275. Gr. Ulrichstr. 58. Teleph. 1275.

Süssmilch's

Walhalla-Theater,

Jeden Abend

Elite-Specialitäten Vorstellung.

Siehe Plakatsäulen!

Attraktion!

Der Kühne, unerschrockene

Willy Peters

vom Zirkus Busch, Berlin

mit der grössten, jetzt existierenden gemischten Raubtiergruppe

Löwen, Tiger, Bären etc.

Nur noch 3 Tage!

da unwiderruflich am 13. Febr. letztes Auftreten wegen anderweitiger Verpflichtung.

Mittwoch nachm 4 Uhr.

Lebende Photographien!

Feine speckige

Limburger

Pfund 40 Pfg.

Hochfeine

Emmenthaler

Pfund 100 Pfg.

F. H. Krause

Gr. Ulrichstr. 44.	Steinweg 24.
Leipzigerstr. 16.	Bernburgerstr. 16.
Alter Markt 18.	Burgstrasse 7.
Gr. Steinstr. 39.	Reilstrasse 111.
Thomasiusstr. 40.	Landsbergerstr. 10.

Gebr. Kaffee

à Pfund 1.00, 1.20, 1.40, 1.60, 1.80, 2.00 Mk.

Mache ganz besonders auf meinen

Elsässer Halloria-Kaffee

à Pfund 1.20 Mk., aufmerksam.

Sämtliche Kolonialwaren

zu billigsten Preisen.

Chr. Elsässer Nchf., Inh.: Alfred Schumann, **Zeitz,** Wasservorstadt.

Frisches Schweinefleisch Pfd. 75 Pf.
Frische Rot- u. Leberwurst Pfd. 75 Pf.
Geräucherte Pfd. 80 Pf.

E. Weitze, Zeitz, Schützenstraße 1.

Ein Sohn, der die Fleischerei erlernen will, kann Ostern in die Lehre treten.

Max Weitze, Fleischermstr., Zeitz, Wasservorstadt 20.

Bei Glowicki, Zeitz, 8 Michaelis-Kirchhof 8, sind haltbare, billige Schuhwaren und Speisekartoffeln zu verkaufen.

Metall-Schleifer-Lehrling.

stellt unter sehr günstigen Bedingungen ein

Herm. Wintzer, Halle a. S., Langestrasse 24.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.

Gastspiel des Berliner Apollo-Ensembles.

Direktion: H. Cornelli.

Heute, Montag den 11. Februar:

Mit glänzender, neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Lichteffekten! Zum ersten Male!

Frau Luna.

Große Ausstattungs-Burleske in 5 Bildern v. Bolten Bäckers. Musik von Paul Lincke.

Im 4. Bilde:

gr. Sternen-Ballett,

arrangiert vom Ballettmeister Giovanni Cerutti.

Frei.

ES KOSTET GAR NICHTS

Jeder darum Ansuchende erhält gratis ein Paket eines sicheren HEILMITTELS gegen **RHEUMATISMUS u. GICHT.**

Wenn Sie mit Rheumatismus oder Gicht behaftet sind, dann schreiben Sie mir und ich werde Ihnen unentgeltlich ein Paket eines einfachen und sicheren Mittels senden, welches ich selbst entdeckte, als ich glaubte, hoffnungslos dieser Krankheit verfallen zu sein. Seitdem habe ich mit diesem Mittel Hunderte von Anderen geheilt, darunter viele, welche an Krücken gingen, andere, welche von den besten Aerzten als unheilbar erklärt waren, auch Personen im Alter von über 80 Jahren.

Ein reichlich illustriertes Buch, welches jeden Fall von Rheumatismus ausführlich beschreibt, übersende ich ebenfalls **frei.** Man sende kein Geld, nur eine Weltpostkarte mit Namen und Adresse an: JOHN A. SMITH, 35 Bangor House, Shoe Lane, London, E. C.

Alle Arten von Rheumatismus, Gicht, u.s.w. in meiner Brochure erklärt.

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der deutsch. Sozialdemokratie.

Es sollte niemand versäumen, auf **Die Neue Zeit** zu abonnieren.

Vierteljahrs-Abonnement 3.25 Pf. Einzel-Nummer 25 Pf.

Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und die

Volks-Buchhandlung, Harz 42/43.

Waschgefäße

dauerh., b. Zander, Gr. Klausstr. 12. Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandl.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Graf. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070212-11/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 36. Halle a. S., Dienstag den 12. Februar 1907. 18. Jahrg.

Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche.

II.

Inhalt und Tragweite der Tarifverträge.

Besonders wichtig sind natürlich in den Verträgen die Festlegungen bezüglich der Lohn- und Arbeitszeit. Zu beachten ist dabei freilich, ob ein Lohnsatz als fester, als normaler oder als Mindestlohn anzusehen ist. So sind die Zeitlöhne bei überwiegendem Akkordverhältnis zumeist Mindestlöhne. Die übersichtlichen Zusammenstellungen des Berichts für jede Branche ergeben fast ausnahmslos ein ziemlich gleichmäßiges Steigen der Löhne von Osten nach Westen und entsprechend der Größe der Orte eine Abnahme der Arbeitszeit, ebenfalls in gleicher Richtung. Am günstigsten in beiden Beziehungen stehen die Weltstädte Berlin und Hamburg da. Der Bericht lehnt übrigens mit Recht ab, allein aus den ermittelten Zahlen eine bindende Schlußfolgerung auf die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse der einzelnen Arbeitergruppen zu ziehen. Wissen wir doch, wie oft z. B. eine kurze Arbeitszeit durch besondere Intensität der Arbeit, durch weite Wege zur Arbeitsstätte und ähnliches mehr als ausgeglichen wird, wie in den Industriegebieten die Höhe der Lebensmittel-, in den Großstädten die der Mietpreise den höheren Arbeitslohn zum Teil wegnimmt. Zudem sind die angegebnen Zahlen für eine Beurteilung der Gesamtverhältnisse darum nicht verwertbar, weil eben nur die organisierten Arbeiter dabei in Frage kommen, während für die unorganisierten die Tarifgemeinschaften größtenteils noch nicht in Geltung sind.

Mit dem Vorbehalt bleibt es immerhin interessant, daß z. B. die Maurerlöhne zwischen 29 (Langenbielau) und 73 Pfennig pro Stunde variieren, die der Zimmerer zwischen 27½ (Goldberg i. M.) und 70, die der Töpfer gar zwischen 20 bis 25 (Lauf) und eine Mark — die höchsten Sätze hier immer in Berlin, das indessen sonst nicht immer an der Spitze steht.

Akkord- und Zeitlohn kommen mitunter nebeneinander vor. Im ganzen weist der Bericht darauf hin, daß bei einfachen, wenig unterschiedenen Arbeiten der Zeitlohn, bei sehr spezialisierten der Akkordlohn überwiegt, daß aber im ganzen, namentlich im Baugewerbe, ein Vordringen der Zeitlöhnung gegenüber dem Akkordsystem zu beobachten ist. Ebenso ist das Naturallohnsystem im Rückgang, es besteht hauptsächlich noch bei den Bäckern, den Schneidern und den Brauern. Die Ablösung des Freibiers durch Barentlohnung bei den letzteren, die z. B. in Nürnberg durchgeführt ist, macht leider auch nur langsame Fortschritte, obwohl z. B. in Frankfurt a. M. im Zusammenhang mit der gleichen Reform die Unfallziffer der Brauer sich um fast ein Drittel (von 18,3 auf 12,7 pro 100 Arbeiter) verringert hat.

Ein Teil der Tarife setzt Wochenlöhne mit Bezahlung gesetzlicher Feiertage fest, die meisten namentlich im Baugewerbe, jedoch Stundenlohn. Die Vergünstigung des § 616 B.-G.-B. (Lohnzahlung im Falle unverschuldeter kurzzeitiger Verhinderung) ist zumeist, wenn erwähnt, aufgehoben oder wesentlich — auf drei bis vier Stunden beschränkt. In etwas größerem Umfange finden wir sie bei den Brauern (Krankengeldzuschuß vom 4. bis 13. Tage, Unterstützung bei militärischen Uebungen und ähnliches).

Die Arbeitszeit ist in 1175 Tarifen bestimmt. 701 (60 Prozent) enthalten den Zehnstundentag. Weitere 368 (31 Prozent) weisen kürzere (bis zu 8½ Stunden in 11, 8 Stunden in 6 Tarifen) 106 (9 Prozent) dagegen eine längere (bis zu 11 Stunden in 48, ja sogar 11½ in einem Falle) auf. Für die Bäckereien mit durchgehendem Dreischichtenbetrieb im Zentralverband deutscher Konsumvereine ist die effektive Arbeitszeit auf 7⅔ Stunden festgelegt. Die durchschnittliche Arbeitszeit in den Tarifen, die indessen nicht ganz derjenigen der Arbeiter entsprechen dürfte, ist für Bauarbeiter 9,9, für Schneider (die längste) 10,3, für Chemigraphen (die kürzeste) 8½ Stunden. Für Ueberstunden ist zumeist Lohnzuschlag vorgesehen in einigen Schneidertarifen auch ein zehnprozentiger für Heimarbeit. Einige Tarife gewähren auch Tagesurlaub von 3 bis 10 Tagen bei fortlaufendem Lohne. Die Kündigungsfrist ist häufig, namentlich im Baugewerbe ausgeschlossen, sonst auf ein oder zwei Wochen normiert. Mitunter wird die Fertigstellung angefangener Akkordarbeit verlangt.

Die Gültigkeitsdauer der Tarife ist sehr verschieden. Neben den fünf Jahren der Buchdrucker finden wir jedenzeitige, vierteljährliche Kündigung bei den Schneidern; teilweise überhaupt keine Angaben über die Vertragsdauer. Etwa 700 Verträge sind nicht auf bestimmte Zeit sondern auf gegenseitige Kündigung abgeschlossen, weiter rund 600 sind bis auf fast zwei Jahre normiert.

Sehr wichtig sind die Bestimmungen über die Durchführung der Vereinbarungen. In Streitfällen muß eine Instanz für Auslegung und Entscheidung vorhanden sein. Entsprechend der Stufenfolge der Tarife finden wir: Fabrikschiedsgerichte, örtl. che Schlichtungskommissionen und Einigungsämter, nationale Tarifämter für die graphischen Gewerbe und den Zentralverband deutscher Konsumvereine. Zumeist ist die paritätische Schlichtungskommission erste, ein Einigungsamt zweite und letzte Instanz. Bei dem rheinisch-westfälischen Baugewerbetarif, der für 350 Orte gilt, stehen unter dem Einigungsamt in Essen 57 Schlichtungskommissionen. Die Dresdener Bauarbeiter erkennen in ihrem für 59 Orte gültigen Tarif den Oberbürgermeister Beutler als Unparteiischen an, die christlichen Stuckateure in Essen gar einen Vertreter des Arbeitgeberverbandes. Diese sind auch christlich genug, die Verhängung der Sperre über eine Firma von der Genehmigung des Arbeitgeber-Verbandes abhängig zu machen. In einigen Fällen übernehmen die Organisationen eine Garantie für die Durchführung des Vertrages, so die Leipziger Glaser, die Stettiner Steinmetzen die Maurer in Königsberg, die Zimmerer in Posen, verpflichten sich, zum verhandelnde nicht zu unterstützen, die Parkettbodenleger in Berlin und Hannover gar, sie auszuschließen. Ein Schneidertarif kennt einflagbare Geldstrafen bis zu 50 Mark. Bekannt ist die beschränkte Garantieübernahme im neuen Buchdruckertarif.

Eine große Rolle spielt die Regelung des Lehrlingswesens. Wir finden sie zumeist in Form einer Begrenzung der Lehrlingszahl entsprechend der Zahl der Gehilfen. Des weiteren gibt es Vorschriften, mitunter recht spezialisierte, über Reinlichkeit, Baubuden, Aborte u. a. In einigen Fällen ist die Freigabe des 1. Mai ausbedungen. Kurz, die Tarife bieten eine Fundgrube zur Ermittlung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse unter denen heute bereits ein beträchtlicher Teil der deutschen Industriearbeiter arbeitet. Ein ganzes System der gewerkschaftlichen Taktik nach ihren Zielen und den Hemmungen die sie erfährt, und ein gut Stück moderner Wirtschaftsauffassung läßt sich aus diesen Tarifen ablesen. Sache der verschiedenen Organisationen wird es sein, das gegebene Material im einzelnen zu verarbeiten, es zu ergänzen und nutzbar zu machen. Für den Sozialpolitiker aber, der die Gesamtheit der Tarife überblickt, ergibt sich manche Lehre manche Erkenntnis, die der planmäßigen Förderung der neuen Vertragsform zugute kommen wird.

Der Tarifvertrag steht ja rechtlich bei uns noch völlig in der Luft. Da § 152 der Gewerbeordnung aus Vereinbarungen der Arbeiter und Unternehmer jedes gegenseitige Klagerecht ausschließt, so ist kein Teil rechtlich gehalten, die von seiner Organisation abgeschlossenen Verträge zu beachten, so daß hier tatsächlich noch das wirtschaftliche Faustrecht der Selbsthilfe durch Sperren und dergleichen besteht. Und den Nichtorganisierten gegenüber hat der Tarifvertrag, soweit er nicht als Ortsgebrauch stillschweigend anerkannt ist, überhaupt keine Macht. Hier bleibt noch viel zu tun bis auf Grund öffentlich-rechtlicher Anerkennung der beiden Organisationen ihren Vereinbarungen diejenige Rechtsgültigkeit gegeben ist deren es zur Erringung allmählicher sozialer Verbesserungen durch das Mittel der Selbsthilfe bedarf. Was hier bei gutem Willen geschehen kann, das beweisen die vorbildlichen Tarifverträge, die der Zentralverband deutscher Konsumvereine bis jetzt mit den Verbänden der Bäcker und der Handels- und Transportarbeiter abgeschlossen hat. Viele Kämpfe und viel Aufklärungsarbeit wird es noch kosten, bis auch die Magnaten der Großindustrie sich zur Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigter Vertragsschließender herbeilassen werden. Aber was in England und Amerika erreicht worden ist, das wird auch der verbissenste Kapitalfeudalismus den kampfgewohnten deutschen Gewerkschaften auf die Dauer nicht verweigern können.

Halle und Saalkreis.

Halle, 11. Februar.

Der städtische Haushalt auf 1907.

Der Voranschlag für den städtischen Haushalt auf 1907 ist nunmehr den Stadtverordneten zugegangen. Er erfordert **756 000 M.** mehr als der vorjährige; denn er schließt mit einem Gesamtbedarf von 8 408 000 M. ab, während voriges Jahr die Schlußziffer auf 7 652 000 M. lautete.

Die wichtigsten Kapitel der Ausgabe sind folgende:

	Bedarf M.	gegen das Vorjahr M.
Kapital- und Schulden-Verwaltung	1 808 671	= 100 978 mehr
Magistrats-Verwaltung	449 577	= 69 720 mehr
Polizei-Verwaltung	808 545	= 67 156 mehr
Staats- und Provinziallasten	308 237	= —
Gymnasium	197 000	= 946 mehr
Oberrealschule	168 300	= 4 390 weniger
Höhere Mädchenschule	102 625	= 9 820 mehr
Mittelschulen	475 800	= 32 700 mehr
Volksschulen	1 090 900	= 112 098 mehr
katholische Volksschulen	58 100	= 6 039 mehr
sonstige Schullasten	90 605	= 3 764 mehr
Armenwesen	7[illegible]9 000	= 17 430 mehr
Feuerlöschwesen	152 845	= 13 160 mehr
Bauwesen	810 200	= 34 618 mehr
Straßenreinigung	187 635	= 83 816 mehr
Straßenbeleuchtung	301 722	= 12 288 mehr
öffentliche Anlagen	99 561	= 12 866 mehr
gemeinnützige Zwecke	91 379	= 16 685 mehr
Insgemein	201 277	= 74 528 mehr

Nicht der gesamte Bedarf dieser Kapitel ist durch Steuern aufzubringen. Um vorstehende Zahlen richtig zu würdigen, muß deshalb nachstehende Uebersicht damit verglichen werden, welche die eigenen Einnahmen jedes Kapitels angibt und den Zuschuß, der aus allgemeinen Steuermitteln für die einzelnen Kapitel zu leisten ist.

	Eigene Einnahmen M.	Zuschuß aus allg. Steuern M.
Kapital- und Schuldenverwaltung	699 454	1 109 217
Magistratsverwaltung	17 722	431 845
Polizeiverwaltung	76 663	731 882
Staats- und Provinziallasten	4 605	303 632
Gymnasium	110 229	86 706
Oberrealschule	77 870	83 430
Höhere Mädchenschule	68 765	33 860
Mittelschulen	193 260	282 540
Volksschulen	50 828	1 040 072
Katholische Volksschulen	2 557	55 543
Hilfsschule	1 100	34 142
Sonstige Schullasten	77	90 528
Armenwesen	157 500	581 500
Feuerlöschwesen	4 800	128 045
Bauwesen	266 185	544 015
Straßenreinigung	5 350	182 285
Straßenbeleuchtung	20	301 702
Oeffentliche Anlagen	1 000	98 561
Gemeinnützige Zwecke	800	90 579
Insgemein	21	201 256

Die fettgedruckten Ziffern sagen was für städtisches Kapital

Kleines Feuilleton.

Der Karneval des Lebens.

In der Wiener Allgemeinen Zeitung erzählt Peter Altenberg: „Ich erzähle eine Geschichte aus meinem Leben. Sie hat vielleicht nur Interesse, weil sie wahr ist. Aber das ist sie wenigstens buchstäblich. Es war vor ungefähr 15 Jahren und ich hatte damals weder etwas verossentlicht, noch je etwas geschrieben. Da sagte mir ein liebes gutmütiges Mädchen in einem Geschäfte:

„Herr Doktor (irgend einen Titel mußte man mir doch geben), Herr Doktor, meine jüngere Schwester, das „Sanftera", wie wir sie alle nennen wegen ihrer Sanftmut, möcht nur einmal im Jahr auf einen Ball geführt werden, nur zum Zuschauen. Na, und weil sie diese noblen Grabenjiaker den ganzen Tag von ihrem Geschäft aus sieht, wo sie bedienstet ist, bildet sie sich halt den Fiakerball in der Gartenbaugesellschaft ein, das Dummerl. Ich vertrau' das Mädel aber nur einem einzigen Menschen an, das sind Sie!"

Und so ging ich mit Elise auf den Fiakerball. Sie lang weilte sich in meiner Gesellschaft entsetzlich, während ich ihre unbeschreibliche Schönheit stumm bewunderte. Plötzlich kam ein Fiaker und steckte ihr einen Zettel zu. Wie der Blitz verschwand dieser in ihrem Händchen. Nach einer Viertelstunde mußte sie „irgendwohin" gehen, wohin ich nicht mit durfte. Sie kam nicht mehr zurück. Ich suchte sie und fand sie nicht. Da fragte ich einen Bediensteten, ob es noch einen Raum gebe. Ja, im Souterrain säßen die Kavaliere die Stammgäste der Herren Fiaker. Ich stürzte hinunter. Da saß an einem Tische mitten unter zehn Kavalieren Elise und trank Champagner. Bei mir hatte sie nur ein kleines Eis und zwei Wasser bekommen. Mit einem Sperberblick sah ich jenen Kavalier der noch am nüchternsten war, stürzte auf ihn zu und flüsterte ihm ins Ohr:

„Im Namen der „Menschlichkeit, auf ein Wort!"

„Dieses Mädchen wurde mir von ihrer älteren Schwester für die heutige Ballnacht anvertraut. Wenn sie betrunken sein wird, wird sie verloren sein! Das wissen Sie so gut wie ich! Adieu — — —"

Ich ging hinauf, an meinen Tisch zurück. Fünf Minuten später war Elise bei mir. Sie saß da, bleich, verdrossen. Dann sagte sie:

„Sie haben mir da eine schöne Sache angerichtet. So eine Blamage! Mit Ihnen geh' ich auch nicht mehr auf einen Ball."

„Ich erwiderte: „Ich habe Sie zu beschützen, Elise, bis Sonnenaufgang 5 Uhr früh, und bis das Haustor sich hinter Ihnen geschlossen haben wird! Von da an sind Sie frei."

„Ah, gehen S' mit Ihnere faden Reden, da werd' ich aber wirklich gleich wild werden wissen S', was die Kavaliere g'sagt haben?" „Gehen S' nur g'schwind hinauf, mit an solchen Narren, der auf an Ball mitten in der Nacht sagt: „Im Namen der Menschlichkeit!", mit dem is nicht ganz richtig — — —"

Ich fuhr mit ihr nach Hause. Am nächsten Tage sagt ihre Schwester zu mir: „No, wie hat sich das „Sanftera" benommen?"

„Ihrem Kosenamen entsprechend", erwiderte ich.

Kunst und Politik. Aus Wiesbaden, das einen Sozialdemokraten in den Reichstag entsendet hat, wird der Nationalzeitung geschrieben:

„Es wird sich zeigen, ob Intendant v. Hülsen seinen Ausspruch wirklich zur Tat werden läßt, er werde keine Festspiele mehr in Wiesbaden veranstalten, wenn ein Sozialdemokrat dort gewählt würde." Jedenfalls dürfe man darauf sehr gespannt sein, ob der Kaiser zur Eröffnung des neuen Wiesbadener Kurhauses erscheinen werde. Kommt Er oder kommt Er nicht. Das sind die einzigen Sorgen des Philisters nach dem Wahlausfall. Wie sagt doch der Dichter: „Es fehlt dem Deutschen zum Hunde nur ein richtiger Schwanz zum Wedeln." Der Mann hat recht.

Das Fastnachtsheft des Kunstwarts, das soeben erschien und für den Preis von 70 Pf. auch einzeln käuflich ist, zeigt einen Versuch, den bisher noch keine einzige ernsthafte Zeitschrift gemacht, vielleicht dürfen wir sagen: gewagt hat. Das ganze Heft von der ersten bis zur letzten Seite „leuchtet" gleichsam das ganze Stoffgebiet des Kunstwarts satirisch „ab" mit andern Worten: Der Kunstwart kämpft diesmal für all die Ideale das ganze Heft durch in der Form satirischer Ironie für die er in den andern 23 Heften des Jahrganges das auch der Form nach im Ernste tut. So führt im Leiter Avenarius das falsche, d. h. äußerliche Idealisieren des ohne Rücksicht auf den Gehalt der Sache die individuellen „Ideale" des Herrn Pater dem Stoffe aufklebt, wie der schlechte Tischler seinem Möbel die Schnörkel ad absurdum, indem er zeigt zu welchen Banalitäten logischerweise ein solches Umspringen führen könnte. Dann läßt Felix Weingartner eine Musikalische Walpurgisnacht vor uns aufsehen in der der berühmte Verfasser die Narrheiten der Musikpflege von heute von einer Fahrt durch den Olymp her verspottet. Den Verehrern des „Farbenflecks" als der höchsten Instanz in der Malerei und den Verehrern Böcklins widmet wieder Avenarius den dritten Aufsatz. Der Gipfel in dem Vorschlage: man solle alle Bilder verkehrt aufhängen, denn: „erst wenn die Malerei allgemein auf dem Kopfe steht, wirkt sie rein als Malerei". „Das Heim der Sensitiven" nimmt „Egon Herbert Kraftlos" vor. Die Losen Bauer bringen satirische Beiträge von Bonus, Gumppenberg Ruederer, Polgar und Meyrink. Nicht weniger als dreißig satirische Beiträge breitet dann die Rundschau aus. Dazu 23 Bilder und entsprechende Noten. Solch der Kunstwart Jahr für Jahr solch ein Heft bringen wollen? Wenn ihm das gelänge, so würde es von allem Unterschied der Personen und der Zeiten abgesehen eigentlich so etwas bedeuten wie Xenienkämpfer in moderner Form.

Des Dichters Schuld. Es ist längst des Staatsanwalts Theorie, daß unsere Literatur schuld sei an der zunehmenden sittlichen Fäule unseres Volkes. Ein württembergischer Gefängnisgeistlicher teilt diese staatsanwaltschaftliche Meinung und hat die praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen versucht, indem er an Peter Rosegger (auch einen dieser modernen Jugendverderber) folgendes Schreiben richtete: „Euer Hochwohlgeboren! Gestatten Euer Hochwohlgeboren, daß ich ergebenst Unterzeichneter mit einer eignartigen Bitte an Sie wendet. N. verschert, daß er, durch die Lektüre Ihrer Romane veranlaßt, mit einem ehrbaren Mädchen mittleren Standes eine Liebelei angefangen habe, die nicht ohne Folgen geblieben ist. N. ist nicht in der Lage, das verführte Mädchen zu heiraten und solches soweit noch tun ich vor Schande zu bewahren, dagegen wäre ein anderer hierzu bereit wenn das Mädchen wenigstens die gesetzlichen Alimentationsgelder als Mitgift erhielte. N. ist fest überzeugt, Sie würden sich seiner exponierten der verführten Person erbarmen und helfen, letztere vor Schande und Unergang zu bewahren. Ich wäre bereit, etwa zugedachte Unterstützungen zu vermitteln. Hochachtend F. H., Gefängnisgeistlicher." Rosegger veröffentlicht mit diesem mehr als seltsamen Schreiben auch gleichzeitig seine Antwort darauf. Sie lautet: „Weder ich noch meine Verwandten, Freunde und Bekannten die alle meine Bücher gelesen, haben deswegen je außereheliche Alimentationsgebühren zu zahlen gehabt. Daraus geht hervor daß in dem bewußten Falle die Schuld nicht an meinen Büchern sondern an Ihrem N. liegt." Ob sich der Gefängnisgeistliche Z. H. damit zufrieden geben wird? Vielleicht ist sein Brief der Anstoß zu einem literarischen Haftpflichtgesetz. Die Reaktion die in dem neuen Reichstag die Oberhand hat, nehme sich der Sache an. Jeder Schriftsteller der die außereheliche Liebe nicht in Grund und Boden verdammt, kann danach zur Alimentation all der unehelichen Kinder verurteilt werden, die die Leserinnen seiner Schriften zur Welt bringen. Es braucht nur eidlich bewiesen zu werden daß ihr Verstand gegen des Liebsten Verführungsversuch erst durch die Lektüre des angeführten Buches gebrochen wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070212-11/fragment/page=0005

aus allgemeinen Steuermitteln und sonstigen Einnahmen zur Deckung des Gesamtbedarfs zugeschossen werden muß.

Die Haupteinnahmequellen sind folgende:

Ueberschüsse aus 1905:	470 549 Mk.
Grundeigentum	407 133 „
Berechtigungen (ohne Straßenbahn)	38 694 „
Gewinn aus dem Gaswerke	460 384 „
„ „ „ Wasserwerk	142 860 „
„ „ der Sparkasse 1906	200 000 „
„ „ dem Elektrizitätswerk	110 000 „
„ „ Schlachthof	52 769 „
Zahlungen der Stadtbahn	19 000 „
„ „ Straßenbahn	17 344 „
Aus dem Eich- und Wageamt	6 000 „
Gemeindeabgaben	4 689 158 „

Die Gemeindeabgaben sind diesmal um rund 315 200 Mark höher geschraubt worden als im Vorjahre.

Die einzelnen Titel dieses Einnahmekapitels stellen sich im Vergleich zum Vorjahre wie folgt:

	1907	1906
Zuschüsse zu den Verwaltungskosten	8565 Mk.	7605 Mk.
Gemeinde-Einkommensteuer (142 % statt 138 %)	2612000 „	2426600 „
städtische Grundsteuer	1007288 „	909400 „
städtische Gewerbesteuer	536512 „	511600 „
Betriebssteuer	23920 „	22960 „
Immobilien-Umsatzsteuer	210000 „	206000 „
Biersteuer	134483 „	142425 „
Luftbarkeitssteuer	122000 „	115000 „
Wanderlagersteuer	300 „	70 „
Hundesteuer	34000 „	32300 „

Die Einkommensteuer ist um vier Prozent erhöht worden. Diese scheinbar geringe Erhöhung wird manchen angenehm enttäuschen. Aber es muß beachtet werden, daß es nur einem günstigen Umstande zu verdanken ist, daß nicht bereits in diesem Jahre ein wesentlich höherer Steuersatz erhoben werden muß. Das Steuersystem ist zunächst auf 18 300 Mk. statt bisher auf 17 600 Mk. veranschlagt worden. Dann aber, und das ist die Hauptsache, sind diesmal die aus 1905 zu verrechnenden und den Steuerzahlern zugute kommenden Ueberschüsse um 237 300 Mk. höher gewesen als im Vorjahre. Sie haben insgesamt 470 548 Mk. betragen. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Wunderblume auch dieses Jahr so ertragreich blüht. Dann stehen für nächstes Jahr weitere, sehr beträchtliche Steuererhöhungen in sicherer Aussicht.

Ueber Multatuli und Heyermanns,

die beiden charakteristischen Vertreter der modernen holländischen Literatur, wird, wie bereits mitgeteilt, am Dienstag abend Frau Ruben-Hamburg im Konzerthause, Karlstraße, einen Vortrag halten, zu welcher sowohl Parteigenossen wie Parteigenossinnen Zutritt haben. Die Rednerin hat diesen Vortrag unter großem Beifall auch in der Berliner Arbeiter-Bildungsschule gehalten.

Multatuli ist das Pseudonym für den niederländischen Schriftsteller Eduard Douwes Dekker, der aus eigener Anschauung die Kolonialpolitik der Holländer auf Java kennen lernte und unter obigem Pseudonym sein größtes Werk Max Havelaar und die Kaffeeauktionen der Holländischen Handelsgesellschaft schrieb. Dieses Werk war eine Kampfschrift gegen den Kolonial-Kapitalismus, im gewissen Sinne ein Vorspiel in den Enthüllungen der deutschen Kolonialpolitik. Multatuli schleuderte in begeisterten Worten der herrschenden Gesellschaft ihre Sünden ins Gesicht. Eine Studie über den Charakter des Dichters Multatuli, welche Frau Ruben in ihrem Vortrag geben wird, ist für jeden Menschen interessant.

Heyermanns ist der Halleschen Arbeiterschaft ein Bekannterer. Verschiedene seiner Erzählungen wurden in unserer Unterhaltungsbeilage zum Abdruck gebracht. In der Dramatischen Abteilung des Arbeiterbildungsvereins wurden verschiedene seiner Dramen aufgeführt. Wir erinnern nur an Hoffnung auf Segen und an den Banzer. Heyermannus, unser holländischer Parteigenosse, ist zugleich auch die charakteristische Erscheinung in der modernen Literatur dieses Landes.

Möge auch dieser von der Sozialdemokratischen Partei arrangierte literarische Vortragsabend ebenso gut besucht sein, wie die Versammlungen während der Wahlkampagne.

Ueber den Elster-Saale-Kanal,

von dem schon früher die Rede war, wird in Leipziger Kaufmannskreisen jetzt wieder diskutiert. An den Rat der Stadt Leipzig ist das Ersuchen gestellt worden, das Projekt einer Wasserstraße von Hamburg über Halle nach Leipzig zu fördern. Nach einem Leipziger Blatte sollen zwei Kanallinien in Betracht kommen. Eine Kanallinie, die von Leipzig über Gundorf und Wüsteneusch bei Kreypau in die Saale oder hinter Wüsteneutzsch in gerader Richtung auf Schkopau zu läuft, und eine Kanallinie, die von Leipzig an der Luppe entlang nach Lössen und Schkopau führt.

Auch die Leipziger Handelskammer sprach sich für das Projekt aus und beschloß eine Eingabe an die Stadt Leipzig, diese möge eine 3½ prozentige Zinsgarantie des zum Bau des Kanals benötigten privaten Kapitals übernehmen. Bezüglich der Bausumme wird von 15 Millionen gesprochen. Offenbar ist diese Summe aber viel zu niedrig veranschlagt. Im Interesse des Verkehrs liegt es natürlich, daß der Kanal gebaut wird. Mit Ausgabe für derartige Kulturzwecke als es Bauten neuerer Verkehrsstraßen sind, sympathisiert die Sozialdemokratie allemal.

Nicht ernsthaft mehr diskutieren

will die hiesige Allg. Ztg., die sich aufregt, weil in der Wahlbetrachtung des Parteivorstandes, welche auch wir in der Sonntagsnummer publizierten, gesagt wurde, „der Liberalismus habe bei den Wahlen trostlos abgeschnitten, denn auf Grund seiner Wahltaktik habe er durch eigenes Verschulden seine Zukunft verloren." Das sei zum Lachen, denn der Liberalismus habe bei der Hauptwahl 40 Prozent Stimmenzuwachs erhalten.

Zunächst sei gesagt, daß von einer ernsthaften Diskussion mit der „vornehmen" Allg. Zeitung noch nie die Rede war. Das Blatt ist schon von jeher der Clown unter allen Halleschen Blättern gewesen. Es schützt aber seine Leser nicht mit Unrecht als recht naiv ein, oder in der Redaktion des Blattes sitzen derartig beschränkte Leute, die nicht die einfachsten Rechenaufgaben zu lösen vermögen und sich von jedem Volksschüler der Elementarklassen belehren lassen müßten.

Aber davon ganz abgesehen, daß die Rechenaufgabe nicht stimmt, so steht doch fest, daß die „liberalen Stimmen" gar nicht einmal liberale Stimmen waren. Hier in Halle hatten wir ein trefflliches Beispiel davon, denn die Stimmen die Schmidt auf sich vereinigte, waren zum großen Teil solche der Konservativen und Antisemiten. Und so wie es in Halle war, war es auch anderwärts. Obwohl zwischen einem „Liberalen" und einem andern Reaktionär nach unserer Auffassung politisch ja kein Unterschied besteht, so ist trotzdem das Renommieren mit dem großen Stimmenzuwachs der Liberalen eine Aufschneiderei, die um so ärmlicher auf den Beschauer wirkt, wenn man zur Behauptung eines großen prozentualen Stimmenzuwachses noch obendrein die einfachsten Rechenexempel fälscht.

Mit Leuten, die geistig auf dem Niveau stehen wie die Schreiber der „vornehmen" Allgemeinen, läßt sich freilich nicht ernsthaft diskutieren.

Auch die Stadtbahn verteuert den Verkehr,

und zwar noch stärker als die Straßenbahn, indem die Höchstgrenze bei der Straßenbahn nur 15 Pf. beträgt, während bei der Stadtbahn gar 20 Pf. zu zahlen sind für eine Strecke, welche man jetzt für 10 Pf. abfährt. Abonnements werden auch bei der Stadtbahn nicht eingeführt, sondern auch hier gelten die sogen. Gutscheinhefte, wie sie die Straßenbahn einführt Für fünf Mark Gutscheine kann man für sechs Mark nach dem Tarife abfahren. Während man sonst bei der Stadtbahn beliebig umsteigen konnte, kann man jetzt nur einmal umsteigen Nur bei der 20 Pf.-Strecke ist ein zweimaliges Umsteigen gestattet. Einen Vorteil bietet aber der neue Tarif der Stadtbahn für die Arbeiter, den wir bei der Straßenbahn leider vermissen: die Einführung von Arbeiter-Wochenkarten zu 30 Pf.

Der am 15. März in Kraft tretende Tarif hat folgendes Aussehen:

I. Fahrscheine.

1. Linie Steinweg — Walhalla — Artilleriekaserne:

ganze Länge . . . . . 15 Pf.

Teilstrecken:

Steinweg—Walhalla-Riebeckplatz . . . . 10 Pf.
Markt—Thüringerstraße . . . . . 10 „
Walhalla Artilleriekaserne . . . . . 10 „

2. Linie Hettstedter Bahnhof — Zoologischer Garten:

ganze Länge . . . . . 15 Pf.

Teilstrecken:

Hettstedter Bahnhof—Kaserne I . . . . 10 Pf.
Markt Zoologischer Garten . . . . . 10 „

3. Linie Hettstedter Bahnhof—Hauptbahnhof —Schlachthof:

ganze Länge . . . . . 15 Pf.

Teilstrecken:

Hettstedter Bahnhof—Hauptbahnhof . . . 10 Pf.
Franckeplatz—Schlachthof . . . . . 10 „

4. Linie Hauptbahnhof—Bahnhof Trotha:

ganze Länge . . . . . 20 Pf.

Teilstrecken:

Hauptbahnhof—Kaffeegarten in Trotha . . 15 Pf.
Hauptbahnhof—Kaserne I . . . . . 10 „
Walhalla—Kaffeegarten . . . . . 10 „
Kaserne I—Bahnhof Trotha . . . . . 10 „

5. Linie Hauptbahnhof—Böllbergerweg:

ganze Länge . . . . . 10 Pf.

II. Kindermarken.

Für Kinder unter 10 Jahren werden Marken ausgegeben, die im Wagen gegen Aushändigung von Kinderbilletts abzugeben sind und zwar:

15 Marken zu 1 Mark für die 10 Pf.-Strecken,
10 Marken zu 1 Mark für die 15 Pf.-Strecken,
9 Marken zu 1.20 M. für die 20 Pf.-Strecken.

III. Arbeiterkarten.

Für Arbeiter, die sich als solche ausgewiesen haben, werden Wochenkarten zum Preise von 30 Pf. ausgegeben, die für 6 morgens vor ½8 Uhr anzutretende Fahrten über eine ganze Linie gelten.

IV. Gutscheinhefte.

Die Gutscheinhefte werden auf den Namen mit dreimonatlicher Gültigkeit ausgestellt, sie enthalten 120 Gutscheine im Werte von 5 Pf. zum Preise von 5 M.

Gegen 2 oder mehr Gutscheine wird im Wagen ein Streckenfahrschein ausgegeben.

V. Umsteigeberechtigung.

Auf jeden Einzelfahrschein zu 10 oder 15 Pf. ist ein einmaliges, auf 20 Pf.-Fahrscheine ein zweimaliges Umsteigen an den bisher eingeführten Umsteigeplätzen gestattet.

Bei der Stadtbahn ist also die Sache noch komplizierter. Es werden sich bei ihr noch größere Schwierigkeiten herausstellen wie bei der Straßenbahn. Durch die Einführung der Teilstrecken kommen unsere Stadt-Verkehrsverhältnisse wieder sehr weit zurück. In allen Städten begrüßt man es als einen großen Fortschritt (und auch die Gesellschaften erkennen es als einen solchen), wenn ein allgemeiner Zehnpfennig-Tarif eingeführt wird, aber hier in Halle revidiert man Verkehrsprinzipien nach dem Muster des Vaters Staat rückwärts.

An dem Publikum selbst wird es liegen, wenn die Gesellschaften den neuen Tarif aufrecht erhalten können. Wer ein Interesse daran hat, daß der Verkehr nicht zwecklos erschwert und verteuert wird, sorgt schon ganz von selbst dafür, daß er nach Einführung des neuen Tarifes die Straßenbahn so wenig als möglich benutzt. Wenn das Publikum nur will, müssen sich die Gesellschaften schon bequemen, die alten Preise wieder einzuführen.

Ein sonderbarer Kauz

oder ein Aktionär der Straßenbahn muß der Verfasser eines Eingesandt in der bürgerlichen Presse sein, der sich dort folgendermaßen vernehmen läßt:

Die Zeitungen und das Publikum regen sich darüber auf, daß die Straßenbahnen eine kleine Erhöhung des Fahrgeldes eintreten lassen wollen, und führen an, daß in anderen Städten doch viel längere Strecken für 10 Pfennige gefahren würden. Berücksichtigt wird nicht, daß z. B. in Berlin 3 Minutenverkehr ist; nur wer den Verkehr kennt, weiß, daß es oft unmöglich ist, einen Platz zu bekommen. Ich wollte neulich einmal mit der Berliner Straßenbahn fahren, da sagte mir eine Dame, es wären schon 10 Wagen vorübergefahren, ohne daß sie einen Platz bekommen hätte, nun wartete sie auf den elften, ich habe ihr viel Vergnügen gewünscht. In Leipzig geht es oft ebenso. Unser Publikum hat gar keine Ahnung, was es der großen Verkehrsversicherung zu danken hat; wie oft sieht man Wagen mit 2—3 Personen. Mir ist es kürzlich passiert, daß ich vom Hettstedter Bahnhof bis Wittekind der einzige zahlende Passagier war, ebenso geht es auf der Strecke Böllbergerweg öfter.

Welchen Zweck ein solches Eingesandt haben kann, ist nicht leicht ersichtlich. Um die Notwendigkeit der Erhöhung des Fahrpreises darzutun, sind die Ausführungen wahrlich nicht geeignet, denn wenn gegenwärtig zu Zeiten nur noch zwei oder drei Personen eine Strecke fahren, so werden höchstwahrscheinlich nach Einführung des neuen Tarifes noch weit weniger Leute die Bahn benutzen. Aber so ist es ja gar nicht. Die Bahnen existieren bei dem 10-Pfg.-Tarif recht gut und verteilen hübsche Dividenden, wenn auch nicht so hohe wie die Berliner „Große". Wenn irgendwo mit dem Teilstreckentarif Geschäfte zu machen wären, dann in Berlin, aber die große Frequenz hat die Berliner „Große" erst, nach dem dort der 10-Pfg-Tarif eingeführt wurde. Wenn also der Einsender den regen Verkehr in Berlin als einen Mißstand empfindet und der Meinung ist, daß bei dem gegenwärtigen 10-Pfg.-Tarif die Bahn schon nicht benutzt wird, dann muß ihm doch klar werden, daß auf den Halleschen Straßenbahnen schließlich die Frequenz noch weiter zurückgeht. Gründe zur Verteidigung der Verkehrsverteuerung gibt es nicht. Höchstens können die Aktionäre auf die Leistungsfähigkeit und die Gutmütigkeit des Publikums spekulieren, daß dieses ihnen mit vollen Händen weitere Profite zuschanzt. Aber die Spekulation kann leicht fehlschlagen, wenn sich das Publikum die Sache überlegt.

Buchdrucker aus Partei.

Die gesamten Organe der Gewerkschaften haben erfreulicherweise vor dem verflossenen Wahlkampfe ihre Mitglieder aufgefordert, für die Partei tätig zu sein und am Wahltage einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne zu werfen. Nur der Korrespondent, das Verbandsorgan der deutschen Buchdrucker, fand kein Wort solcher Aufforderung; im Gegenteil las man in dem „politischen Teil" dieses Blattes, dem Briefkasten, eine Notiz, in der einem Verbandsmitgliede, der zur Tätigkeit für die Partei aufgefordert hatte, ein Dämpfer aufgesetzt wurde. Verschiedene Mitgliedschaften waren mit der „neutralen" Haltung des Korrespondenten nicht einverstanden. So Berlin, Frankfurt a. M. und andere. In Frankfurt a. M. wurde sogar eine Summe für den Wahlfonds bewilligt. Hiergegen zieht nun ein Hallescher Buchdrucker Namens Schad zu Felde, und an leitender Stelle des Buchdrucker-Korrespondenten findet man folgende Ausführungen:

Durch Zufall bekam ich Nr. 5 des Typograph (Organ der Streikbrecher Organisation Gutenbergbund. Red. d. Volksbl.) in die Hände; noch gleich beim Durchlesen des ersten Artikels, betitelt „Die Neutralität der Verbände", hatte ich vollauf genug. Ich weiß sehr gut, daß wir trotz unseres § 1 vielfach als Sozialdemokraten angesehen werden; ist es mir doch selbst passiert, daß ich beim Militär, als ich auf Befragen erklärte, ich sei Buchdrucker, für einen Sozi gehalten wurde. (Schrecklich! Red. d. Volksbl.) Auch weiß ich, daß von unserer Gegenorganisation behauptet wird, ein Berufsverein müsse „rot sein bis auf die Knochen". Aber warum auch nicht, sind diese Herren nicht vollauf dazu berechtigt — wenn der Artikel die Wahrheit enthält? Ist es möglich, daß am 15. Januar d. J. in Frankfurt am Main beschlossen wurde, 250 Mk. zugunsten des sozialdemokratischen Wahlfonds aus der Kasse zu entnehmen? Ist es ferner möglich, daß eben dort in den Mitteilungen für die Mitglieder des Bezirks Frankfurt a. M. (Verband der Deutschen Buchdrucker) Halbmonatsrapport vom 2. Januar frei und offen für die Sozialdemokratie agitiert wird? Sollten die Frankfurter Kollegen wirklich den § 1 unseres Statuts gestrichen haben, oder bin ich nur noch allein der Meinung, daß dort auf keinen Fall richtig gehandelt worden ist? Leider habe ich bis heute noch keine Beurteilung dieser Fälle im Korr. gefunden. Glauben die Frankfurter Kollegen vielleicht, wenn der Verband 50000 Mitglieder hat, daß er demnach dann auch 50000 Sozialdemokraten zählt? Ich meine, dies wäre etwas sehr naiv gedacht, und hoffe, daß eine große Anzahl Kollegen gleich mir sagt: „Politik gehört nicht in den Verband, dazu sind die Parteivereine da." Meine Ansicht geht dahin, wenn wir schon soweit sind, daß Verband und Sozialdemokratie eins werden sollen dann brauchten wir uns auch nicht aufzuregen über die Scharmachereien und „Belehrungen" sozialdemokratischer Bätter anläßlich unserer jüngsten Tarifvereinbarungen. Ich würde mich aufrichtig freuen, könnten die Frankfurter Kollegen den Artikel des Bündnerorgans dementieren, denn diese Fälle heißen ja geradezu: Streichung unseres § 1.

Die Halleschen Buchdrucker stehen natürlich nicht auf diesem Standpunkt, denn im hiesigen Ortsverein wurde es nicht unterlassen, vor den Wahlen noch energisch aufzufordern, am Wahltage im Interesse des sozialdemokratischen Kandidaten zu wirken. Desgleichen wurde von den Halleschen Buchdruckern auch eine Sammlung veranstaltet, wodurch eine hübsche Summe zusammenkam. Im Effekt ist das ja dasselbe, als ob aus der Kasse ein bestimmter Betrag gegeben worden wäre.

Mit Recht erinnert der Vorwärts daran, daß das Hallesche Verbandsmitglied offenbar die Geschichte der Buchdrucker recht wenig kennt, denn sonst würde er doch wissen, daß auch der umgekehrte Fall vorgekommen ist, nämlich die Hergabe von Parteigeldern für die gewerkschaftliche Tätigkeit der Buchdrucker. Bei Gelegenheit des großen Kampfes um Verkürzung der Arbeitszeit, den die Buchdrucker um die Wende von 1891 auf 1892 führten, erhielten die Berliner Buchdrucker von der Partei 3000 Mark, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen 2000 Mark; außerdem aber erhielten die Buchdrucker aus der damals wahrlich nicht sehr reichen Parteikasse 20 000 Mark geliehen. Das ist nicht alles, was die Partei für die Buchdrucker tat. In einem Aufruf vom 12. Dezember 1891 forderte der Vorwärts die Arbeiter aller Länder auf, die internationale Pflicht der Solidarität den Buchdruckern gegenüber zu üben indes nicht bei leeren Sympathie-Erklärungen bewenden zu lassen. Die Buchdrucker von damals erkannten willig diese Hilfe an. Sie fühlten sich eins mit den sozialistisch denkenden Arbeitern ihrer Zeit.

Wer kann in einer Situation wie der gegenwärtigen, wo die Reaktion am Werke ist die Arbeiterorganisationen durch den Gesetzentwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu erdrücken, ein Gewerkschaftler derartige Meinungen zum besten geben wie in der letzten Nummer des Buchdrucker-Verbandsorgans! Was ist das für eine Neutralität, wenn Arbeiter die Geschäfte der Reaktion besorgen und das Verbandsorgan einer großen Organisation sich dazu hergibt, arbeiterorganisationsfeindlichen Tendenzen zu verbreiten.

Geisteskrank.

Als ein Produkt unserer so viel gerühmten Gesellschaftsordnung stand, oder vielmehr lag und saß am Sonnabend auf der Strafkammer der erst 26jährige Tischler August Beetz aus Hamburg, über dessen Schicksal wir vor einiger Zeit berichteten. Der junge Mann, der früher gesund gewesen sein soll, denn er diente beim Dragoner-Regiment, kam als unehelich geborenes Kind auf die Welt, infolgedessen über seinen Jugendlauf, so sagte der zu Rate gezogene Arzt, nicht viel zu ermitteln gewesen war. Er ist beim Militär wegen Diebstahls mit drei Jahren sechs Monaten Gefängnis bestraft worden, dann in die Irrenanstalt Nietleben gekommen und schließlich wieder entlassen worden. Er ging dann wieder als Tischler und wohnte bei einer Frau Heinemann, die ihn als einen sehr anständigen, soliden Menschen bezeichnete. Als er aus der Haftzelle auf die Anklagebank geführt war, verfiel der Unglückliche in Weinkrämpfe, bekam einen Schwindelanfall und brach elend zusammen. Der als Sachverständige geladene Arzt leistete ihm Hilfe und nach einer einstündigen Pause erichten der Angeklagte wieder verhandlungsfähig. Er wurde wiederum einer ganzen Reihe Diebstähle beschuldigt, bei denen er geradezu sinnlos verfahren war. So entwendete er im Sommer und Herbst v. J. in vielen hiesigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070212-11/fragment/page=0006

Restaurants Ueberzieher, Mäntel, Hüte, Stöcke und Schirme in solchen Mengen, von denen er gar nicht Gebrauch machen konnte. In Reideburg eignete er sich einen ganzen Musterkoffer mit Hüten an. Dann stahl er einem Tischlermeister allerhand Werkzeuge. Besonders charakteristisch für den Angeklagten ist, daß er die entwendeten Gegenstände nicht veräußerte, sondern alle unter Verschluß für sich behielt. So handelte der „gefährliche rückfällige Dieb". Der Sachverständige hob hervor, daß des Angeklagten Krankengeschichte schon früher die Irrenärzte beschäftigt habe. Der uneheliche geborene Angeklagte leide an einer Wahnidee; er fühle sich verfolgt wie Christus. Als er zuerst einen Ausweisungsbefehl erhielt, sei er derartig in Erregung geraten, daß er mit einem Instrument einen Selbstmordversuch unternahm. Die Diebstähle des Angeklagten, so sagte der Arzt, sind mit hoher Wahrscheinlichkeit im Zustande geistiger Schwäche begangen und er habe in einem Zustande gehandelt, durch den seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Der Angeklagte erklärte nicht zu wissen, wie er zu den Diebereien gekommen. Selbstverständlich wurde der Mensch antragsgemäß kostenlos freigesprochen und aus der Haft entlassen. – Das Gericht hat für Recht erkannt. Was wird nun aber aus dem Unglücklichen? Glaubt man solche Menschen durch Ausweisungen ꝛc. kurieren zu können?

* **Die Gewerbegerichtsbeisitzer** halten ihre nächste Sitzung am Mittwoch, den 13. Februar, abends 8½ Uhr, im Weißen Roß ab. Hierzu sind die Besitzer des Kaufmanns- sowie des Innungsschiedsgerichts ebenfalls eingeladen.

* **Der Deutsche Monistenbund**, Ortsgruppe Halle a. S. veranstaltet aus Anlaß des 90. Geburtstages der Witwe Friedrich Hebbels (9. Februar) Dienstag, den 12. Februar, abends pünktlich ½9 Uhr, im Goldenen Ring, eine kleine Hebbel-Feier. Zum Vortrag kommen Lieder Hebbels, lyrische Gedichte, Melodramen und eine seiner letzten Tragödien. Auch hierzu sind Gäste willkommen.

* **Von einem schweren Schicksal betroffen** wurde heute morgen die Familie des Fleischermeisters Kögel in der Geiststraße. Der Sohn wurde heute morgen in Bernburg von seinem Fuhrwerk überfahren, so daß ihm das Genick abgedrückt wurde. Der junge Mann war auf der Stelle tot.

* **Der Kaiser, Bülow und Dernburg** haben natürlicherweise auf die drei Telegramme, welche vom Studentenkommers am letzten Donnerstag an die obigen gerichtet wurden, auch geantwortet. Bülow nahm Bezug auf seine „schönen Jugenderinnerungen" in Halle. Die bürgerliche Presse verzeichnet diese Telegramme mit ziemlicher Breite.

* **Neuer Rechtsanwalt.** In die Liste der Rechtsanwälte bei dem hiesigen Amtsgericht ist der Gerichtsassessor Dr. Albert Müller eingetragen worden.

* **Die Stalleinbrüche in Lößs Hof.** Wiederum wurde ein ähnlicher Diebstahl in der Schmiedestraße 27 ausgeführt, wie er kaum erst vor kurzer Zeit in der Schlosserstraße ereignete. Gestohlen wurden einem Postschaffner sieben Hühner und ein Hahn und einem Schlosser zwei große Kaninchen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

* **Menschenfleisch für China gesucht.** Beim hiesigen Bezirkskommando werden Reservisten und Landwehrleute ersten Aufgebots gesucht, die bereit sind, in das ostasiatische Detachement zu treten. Nach der Kolonialbegeisterung der letzten Wahlen zu urteilen, müßte man allerdings erwarten, daß der Andrang ein so großer wird, daß alle Kolonialbegeisterten gar nicht aufgenommen werden könnten.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Am Dienstag wird zum Gedächtnis Richard Wagners (dessen Todestag auf den 13. Februar fällt) des Meisters volkstümlichstes Werk Die Meistersinger von Nürnberg in der rühmlich erkannten Besetzung der ersten Aufführung gegeben. Stolzing Herr Gogl, Eva Frl. Fiebiger, Sachs Herr Büttinghaus, Beckmesser Herr Aumann. — Herr Franz Ludwig vom großherzoglichen Hoftheater in Mannheim, der am Montag als Hamlet gastiert, wird am Mittwoch, den 13. Februar, auch als Rücktritz in Sudermanns Glück im Winkel gastieren. Donnerstag wird Undine wiederholt. Die Titelrolle singt Fräulein Fiebiger. Mitaufführkarten haben zu Meistersinger und Undine Gültigkeit.

* **Aus dem Bureau des Apollotheaters.** Heute, Montag, den 11. Februar, findet die Premiere der großen Ausstattungs-Burleske Frau Luna von Paul Lincke statt. Dieselbe gelangt mit völlig neuer, feenhafter Ausstattung an Dekorationen, Kostümen und Licht-Effekten zur Aufführung. Ganz besonders hervorgehoben sei das vom Balletmeister Giovanni Cerutti arrangierte große Sternen-Ballett, das, außerordentlich pompös ausgestattet, auch diesmal die Bewunderung aller Besucher erhalten wird.

Könnern, 9. Februar. (E. B.) Doktor Kayser. Der Zahnheilkundige Friedrich Joseph Kayser von hier, der schon mehrfach wegen fälschlicher Beilegung des Doktortitels mit Geldstrafen belegt worden ist, wurde vor einiger Zeit wiederum vom hiesigen Schöffengericht wegen desselben Vergehens, wegen unlauteren Wettbewerbes und Vergehens gegen die Gewerbeordnung mit 150 Mk. Geldstrafe belegt. Gegen dieses Urteil hatte er bei der Strafkammer Halle Berufung eingelegt. Er inserierte in den Aisleber und Gerbstädter Tagesblättern, daß er an der kgl. niederländischen Universität examiniert und Inhaber von Medaillen sei. Er nannte sich Doktor der Zahnarzneiheilkunde. Das Doktordiplom wollte er von einer Gesellschaft in Chicago erhalten haben. Die hiesige Zahnpflege und Operation sei nach seinem System durchaus falsch. Es müsse gewarnt werden vor dem Töten des Zahnnerves; nur er operiere schmerzlos. Diese Bekanntmachungen sind nach der Anklage wissentlich falsch und zur Irreführung des Publikums geeignet. Insbesondere hat der Angeklagte das Publikum über seine Vorbildung getäuscht. Gelegentlich einer früheren Verhandlung hatte er beantragt, von Chicago Auskunft einzuholen, nach der bewiesen werden könne, daß er tatsächlich berechtigt sei, den Doktortitel zu führen. Die Gesellschaft, von der er das Diplom erhalten habe, bestehe im Staate Illinois. Die nunmehr vorliegende Auskunft der Gesellschaft besagte auch, daß sie eine rechtmäßige Organisation sei, deren Satzungen dadurch Rechtskraft erlangt hätten, daß ein Staatssekretär zum Zeugnis die Hand daraufgelegt habe. Die Auskunft an maßgebender Stelle fiel aber dahingehend aus, daß jene Gesellschaft ein Schwindelunternehmen sei. Sie bestehe u. a. aus einem Fabrikchemiker, einem früheren Polizisten usw. Sie habe keine staatlichen Befugnisse, Doktordiplome auszustellen. Der Angeklagte war natürlich anderer Meinung und bestritt mit Entschiedenheit, das Publikum durch die Inserate getäuscht zu haben. Er habe in den Annoncen nur das gesagt, was er in Amerika sei. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht und verwarf die Berufung des Angeklagten.

Stadt-Theater.

Berichtigung. In der letzten Rezension von Bayerleins **Zapfenstreich** hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen, denn Herr Schön, der als Wachtmeister Bolkhardt gastierte, ist als Heldenvater in Aussicht genommen. Heldentenor ist natürlich in diesem Zusammenhange ein grober Unsinn.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz, 10. Febr. (E. B.) Ein neues Lügenblatt haben wir jetzt in Zeitz, aber auch gleich eins von der allerersten Sorte, den General-Anzeiger. Wir haben uns bisher um das Blatt, das auch heute noch sozusagen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint, nicht gekümmert und sind erst dem Drängen unserer Genossen, doch einmal auf die faustdicken Lügen zu antworten, nachgekommen. Der General-Anzeiger scheint im Belügen der Sozialdemokratie — denn zum Bekämpfen ist er geistig doch zu arm — den andern Gegnerblättern den Rang ablaufen zu wollen; denn seine Nummern enthalten eine Wiedergabe aller Lügen der gesamten bürgerlichen Presse, sind also nur zusammengeschnitten. Aber es sind eben auch **nur Lügen,** und so lange der General-Anzeiger nicht Beweise für seine Lügen bringt, muß er sich schon gefallen lassen, Lügenblatt genannt zu werden. So bringt der Anzeiger auch eine Notiz, in der es heißt:

Der durchgefallene Reichstagskandidat Thiele sollte nach einem Gerücht, um seiner Gefängnisstrafe auszuweichen, nach dem Ausland, der Schweiz, ausgekniffen sein. Nach den uns beim Hauptpolizeiamt in Halle telephonisch eingezogenen Erkundigungen sollte Thieles Flucht unwahrscheinlich sein. Immerhin liegt die Möglichkeit von Thieles Abreise nahe.

Trotzdem das Blatt also erfahren hat, daß Thiele **nicht** ausgekniffen ist, sondern sich in Halle befindet, trotzdem bringt es noch das Gerücht und knüpft daran die Bemerkung: Immerhin liege die „Möglichkeit" von Thieles Abreise nahe. Das ist doch der Gipfel der Erbärmlichkeit! Wie kann der General-Anzeiger einem politischen Gegner andichten, derselbe sei feige genug, sich einer event. kommenden Strafe zu entziehen? Das Ganze scheint aber nur einem Rachegefühle zu entspringen. Noch vor der Hauptwahl nämlich, etwa zwei Tage danach, als in den Zeitzer Blättern das Inserat erschien, Thiele sei der Kandidat der Arbeiterpartei, kam ein Abgesandter des Merseburgerschen Verlags zu unserem Vertrauensmanne in Zeitz und fragte an, ob nicht auch der General-Anzeiger das Inserat bekommen könne. Als unser Genosse erwiderte, daß das Wahlkomitee nur zwei Blätter bestimmt habe, meinte der Abgesandte noch: „Na, bei uns sind doch auch 20 Wähler!" Es sollte also den Anschein erwecken, daß die 20 Wähler event. für Thiele stimmen könnten, wenn das Inserat aufgegeben würde.

Das war nicht der Fall, deshalb jetzt die Lügen gegen unsere Partei. Der Verlag des General-Anzeigers hatte bisher auch viel Kundschaft aus Arbeiterkreisen, auch vom Konsum-Verein. Ob nun nach diesen haarsträubenden Leistungen diese Kundschaft dem Geschäft noch ferner ihre Aufträge zuwenden werden, wird sich zu finden. Wie wir unsere Arbeiter kennen, lassen sie ihre Partei nicht ungestraft beleidigen. Auch in Zeitz ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei, die sich auch trotz aller gegen sie geschleuderten Lügen vermehrt hat. Vielleicht geht dem General-Anzeiger bei seinem Kampf gegen diese Partei sehr bald die Puste aus, denn auch in bürgerlichen Kreisen findet er keinen Anklang.

*

Der General-Anzeiger beruft sich auf eine Auskunft, die er vom hiesigen „Hauptpolizeiamt" über mich erhalten haben will. Ich werde der Sache auf den Grund gehen. Vorerst will es mir noch nicht glaubhaft erscheinen, daß die hiesige Polizei eine so einsilbige Auskunft amtlich gegeben hat. Ad. Thiele.

Zeitz, 10. Februar. (E. B.). Auch ein Gegner?! In der letzten Versammlung der hiesigen Buchdrucker hat der Buchdrucker Jahn auch über die Reichstagswahl gesprochen, sich dabei in ganz auffälliger Weise gegen unsere Partei geäußert und zuletzt noch gemeint: Ein zielbewußter Buchdrucker könne Thiele seine Stimme nicht geben!! Dabei ist dieser Buchdrucker Jahn, das muß festgestellt werden, noch heute Mitglied des sozialdemokratischen Vereins, d. h. er ist es bis heute gewesen, denn daß wir einen solchen Menschen noch länger bei uns behalten sollten, das glaubt wohl Jahn selbst nicht. Von seinen Kollegen ist er in der Versammlung gleich gehörig auf den Sand gesetzt worden. Im übrigen ist ja Jahn uns höchst gleichgültig, sein ganzes Verhalten hat bisher gezeigt, daß mit ihm nicht viel los ist. Als seinerzeit eine Statistik in den Gewerkschaften aufgenommen wurde, da war es Jahn, der bei der Frage nach der politischen Zugehörigkeit der Buchdrucker geschrieben hatte „Privatsache". Seitdem hieß Jahn in den Kreisen der organisierten Arbeiter „die Privatsache". Später meldete er sich dann freiwillig in den Sozialdemokratischen Verein als Mitglied und ist bis heute auch noch Mitglied gewesen. Jetzt ist er, trotzdem er noch Mitglied war, wieder zu den Sommerleuten gegangen. Lassen wir ihn laufen, er ist ja jetzt Metteur in der Druckerei des General-Anzeigers, da muß er natürlich in dessen Horn blasen. Jahn wird auf keiner Stelle mehr ernst genommen, da er immer nur erst dann radikal werden kann, wenn er das nötige Quantum Alkohol vertilgt hat. Solche Menschen können höchstens bellen, beißen aber nicht.

Zeitz, 10. Februar. (E. B.) Auskunftstelle der Gewerkschaften. Die Auskunftsstelle ist von jetzt ab dem Genossen Joseph Windau übertragen worden. Die Auskunftstelle befindet sich Weberstraße 12 im Bureau der Holzarbeiter. Die Sprechstunden sind: Montags, Mittwochs und Freitags nachmittags von 5—7 Uhr.

Zeitz, 10. Februar (E. B.) Versammlungen. Die „tote" Sozialdemokratie steht wieder auf. Am Sonntag finden Versammlungen statt in Osterfeld, Rehmsdorf, Teuchern, Theißen. In allen Versammlungen sprechen Leipziger Genossen.

Zeitz, 10. Februar. (E. B.) Arbeiterrisiko. In der Eisengießerei wurden am Freitag einem Holzarbeiter durch umfallende Träger die beiden Beine beschädigt. Der Verletzte mußte in seine Wohnung geschafft werden.

Teuchern, 11. Februar. (E. B.) Eine öffentliche Versammlung für die sozialdemokratischen Wähler und deren Frauen wird am 17. Februar abends stattfinden. Deshalb ist auch die fällige Mitglieder-Versammlung am gestrigen Sonntag nicht abgehalten worden. Möge jeder fleißig für die öffentliche Versammlung agitieren.

Teuchern, 10. Februar. (E. B.) Der Erfolg unserer „Niederlage". Nach Beendigung des Wahlkampfes hat das Volksblatt hier 56 neue Leser, der Sozialdemokratische Verein 24 neue Mitglieder gewonnen. Dem Konsumverein sind 48 Personen neu beigetreten, eine große Anzahl wollen dasselbe tun, wenn ihre Rabattbücher voll sind. Die Abonnenten der Gleichheit haben sich fast verdoppelt, von 110 sind sie auf 192 gestiegen. Das ist der bisherige Erfolg. Wenn es so weiter geht — und dafür wird gesorgt werden — so werden die Gegner sehr bald die Früchte ihres „Sieges" eingeheimst haben.

Mit allen Mitteln wollen sich die Geschäftsleute von dem Vorwurf frei machen, gegen die Arbeiter gewählt zu haben. Man möchte jetzt gern den Anschein erwecken, als hätten sämtliche dieser Herren rot, die Arbeiter aber für Sommer gestimmt. Die Herren werden aber trotz aller Inserate und Widerrufe im Anzeiger doch kennen Arbeiter irre führen können. Jeder wird so behandelt werden, wie er es verdient.

Bornitz, 10. Februar. (E. B.) Zur Lokalfrage. Am 12. Februar findet beim Wirt Strobel der Fastnachtsball des Wohltätigkeitsvereins statt. Die Arbeiter sind zu diesem Balle durch Karten bestens eingeladen. Nun Arbeiter denkt daran! Als wir den Saal des Herrn Strobel zu Versammlungen haben wollten, da erklärte der Herr, wenn er den Saal hergebe, sei er ruiniert. Jetzt, wo man Fastnachtsscherze veranstaltet, sind die Arbeiter hochwillkommen. Arbeiter und Arbeiterfrauen! Wollt ihr dazu beitragen, daß der Wirt durch uns ruiniert wird? Es ist an der Zeit, auch in unserm Orte endlich einmal andere Schritte zu unternehmen. Lange genug haben wir den Prügelgungen abgeben müssen.

Döschwitz, 10. Februar. (E. B.) Arbeiterrisiko. Auf der Grube H. Schäde bei Gaumnitz verunglückte am Sonnabend der Arbeiter W. Penndorf aus Meineweh dadurch, daß er beim Holzschneiden mit der Hand in die elektrische Kreissäge geriet, wodurch ihm die Hand erheblich verletzt wurde. Er wurde in das Knappschafts-Krankenhaus Bergmannstrost nach Halle geschafft.

Oberröblingen a. S., 10. Febr. (Eig. Ber.) Sie können nicht in Not geraten unsere deutschen Invaliden- und Altersrentner, so behauptete vor der Wahl der bekannte Maurermeister Höhne in Höhnstedt. Wir können nun Leute mitteilen, wie man versucht, die Rente eines Invaliden herabzusetzen, wenn er sich in der Arbeiterbewegung bemerkbar macht.

In Oberröblingen tat sich während des vorjährigen Bergarbeiterstreiks der Genosse G. Mehde besonders hervor. Seinen Bemühungen und seiner Arbeit gelang es, den Streik mit zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Er sorgte dafür, daß die Bergleute sich zusammenschlossen und so dem Unternehmertum fest gegenüberstanden. Ein solches Beginnen durfte natürlich nicht ungerochen bleiben, und so versucht man die Rente unseres Genossen zu kürzen. Wie man dies anfangen will, zeigt folgendes Schriftstück, welches Genosse Mehde von der Stahl- und Eisenberufsgenossenschaft in Braunschweig zugesandt erhielt:

Bericht des Gendarmen v. Pokrzywinski an den Amtsvorsteher in Unter-Oberröblingen.

Ueber den Invaliden Gustav Mehde zu Oberröblingen am See habe ich erminiert, daß er die Agentur der Versicherungsgesellschaft Thuringia auch jetzt noch hat. Von dem Vorgange des p. Mehde erfuhr ich, daß die Agenturgeschäfte sich nicht nur auf Oberröblingen sondern auf den ganzen Umkreis bezieht. Vor zu vier Jahren hatte der Vorgänger an Provisionen zu. 20 Mk. jährlich. Es ist anzunehmen, daß dieser Betrag jetzt mindestens um die Hälfte gestiegen ist. Die Gebühren für die Aufnahme betragen 2 Mk. Auch nimmt p. Mehde Haftpflicht-Versicherung auf. Ferner habe ich festgestellt, daß er das Volksblatt in Ober- und Unteröblingen austrägt und zu. 100 Abonnenten hat. An Gebühren bekommt er pro Exemplar 15 Pfg. pro Monat. Außerdem trägt er noch verschiedene andere Schriften aus, z. B. die Bergarbeiterzeitung, die Modenzeitung, den Wahren Jakob, Volkskalender, Liederkerte u. dergl. Genannte Zeitschriften gibt er auch an Nicht-Mitglieder (?) gegen Bezahlung ab. Auch hat p. Mehde in dem Lenischschen Lokale bei Festlichkeiten die Garderobe gehabt und hatte daraus zu. 80—100 Mk. jährliche Einnahme. Außerdem ist p. Mehde Kassierer bei dem Bergarbeiter-Verbande für das Oberröblinger Kohlenrevier, und erhält für sein Bemühen von jedem neu eintretenden Mitgliede 50 Pfg. Aufnahmegebühren. Während des diesjährigen Streiks soll p. Mehde zu 400 Personen neu aufgenommen haben. Für die Buchführung soll er sechs Pfennig pro Woche für jedes Mitglied erhalten, zurzeit hat p. Mehde noch zu. 200 Mitglieder. Anderseits ist mir auch gesagt worden, daß p. Mehde für sein Bemühen als Kassierer ein Gehalt von 24.50 Mark wöchentlich erhält. Die Arbeitsleistungen des p. Mehde sind nach meiner Ansicht denen eines gesunden Menschen gleich. Während des Streiks traf ich oft genug p. Mehde gegen 5 Uhr v. in der Feldflur bezw. Nachbarorten die Streikposten revidieren. Am Tage mit Austragen von Zeitschriften und ähnlichen Arbeiten beschäftigt und gegen Abend beim Ansahren der Nachtschicht, befand sich p. Mehde fast immer unter den streikenden Bergleuten. Auch ist p. Mehde zu den zweimal in der Woche stattgefundenen Versammlungen nach Teutschenthal meistens immer zu Fuß gegangen. v. Pokrzywinski.

An die
nordwestliche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft
in Braunschweig.

Amtsvorsteher gez. Hoffmann.

Dieser Bericht ist bereits in einer Versammlung verlesen worden in welcher der betreffende Gendarm als Ueberwachender anwesend war. Der Herr äußerte zu Mehde, daß er doch nichts dafür könne, er habe nur den Auftrag des Amtsvorstehers Hoffmann in Unteröblingen ausgeführt.

Auf Grund des Berichts wurden dem Genossen Mehde 25 Mark von der monatlichen Rente gekürzt. Mehde, der bisher 62 Mark erhielt, hat selbstverständlich Rekurs eingelegt. Die Sache schwebt jetzt noch. Was ist nun an dem Bericht richtig? Nun, daß Mehde für das Volksblatt pro Abonnent und Monat 15 Pfennig erhält. Ist das vielleicht zuviel? Der Mann muß für die 15 Pfennig 24mal im Monat laufen. Alle andern Angaben über die Bezahlung als Verbandskassierer ꝛc. sind nicht richtig. Die 50 Pfennig, die Mehde für jede Neuaufnahme in den Verband erhält, gehen an die Verbandskasse ab. Nur 5 Pfennig bleiben davon am Orte, aber nicht für Mehde. Die 6 Pfennig, die weiter an Mehde gezahlt werden sollen, sind die Kosten für die Verwaltung. Davon erhalten der Vorsitzende, der Kassierer, die Boten einen Teil, der andere wird für Porto u. a. ausgegeben.

Wie man auf Grund des Berichtes zu einer Reduzierung der Rente gelangen konnte, ist unerfindlich. Der Gendarm ist von seinen Vertrauensleuten einfach angelogen worden. Nach seiner Berechnung müßte Genosse Mehde ein jährliches Einkommen (ohne Rente) von etwa 1300 Mark haben. Nimmt man die angeblichen 24.50 Mark Wochenlohn, so kommen sogar gegen 1850 Mark heraus.

Wie man aber im Mansfeldischen noch auf andere Art in Sozialistenbekämpfung macht, zeigt ein weiteres Beispiel. So erzählte der Obersteiger Klaus, Mehde sei als Kassierer des Bergarbeiter-Verbandes durchgebrannt und Kamerad Schneider sei sein Nachfolger. Nun Herr Obersteiger, das Durchbrennen mit Kassengeldern überlassen wir andern Leuten z. B. jenem Knappschaftskassenrendanten der gleich 99 000 Mark unterschlug, und der Ihnen wohlbekannt ist. Aber trivial ist es einem Manne wie Mehde, der die Achtung und Freundschaft aller Arbeiter weit und breit genießt durch solche Verdächtigungen herabsetzen zu wollen. Hoffentlich erhält Mehde Genugtuung, wenn nicht noch andere Folgen entstehen sollen.

Die Arbeiter aber haben nach solchen Erfahrungen um so mehr die Pflicht stets und treu zusammen zu stehen und einer den ihrigen zu schützen der es wie keiner verdient hat. Darum hoch die Solidarität!

Merseburg, 10. Februar. (E. B.) Die Liberalen unseres Wahlkreises haben große Rosinen im Kopfe. Sie veröffentlichen im Korrespondent eine Danksagung an ihre Wähler und geben der Hoffnung Ausdruck, zu künftig (!) zu siegen! Noch seien nicht alle Liberalen herangezogen gewesen, wenn erst die Anderen kommen, dann ist's aus mit jeder Gegnerpartei. So orakeln die Liberalen und ergehen sich in Zukunftsphantasereien. Man scheint im liberalen Lager überhaupt die Situation des vergangenen Wahlkampfes nicht begriffen zu haben. Der Liberalismus hat abgewirtschaftet, trotz aller Scheinerfolge. Die Zukunft, auf welche die Liberalen Merseburgs so große Hoffnungen setzen, wird ihnen etwas anderes bringen als den Sieg. Wenn die Liberalen sich mit ihrem „moralischen" Siege brüsten wollen, so mögen sie es tun. Den Wählern ist die „Moral" des Liberalismus bekannt, und wem sie nicht bekannt ist, dem werden wir Aufklärung darüber geben.

Sangerhausen, 11. Februar. (E. B.) In einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen, auch von Frauen gut besuchten Versammlung sprach Genosse Fröhlich-Halle über den verflossene Reichstagswahl und welche Konsequenzen ziehen die Arbeiter daraus. Redner besprach die Ursachen und die vorsichtlichen Wirkungen des Wahlausfalls, sowie die von unserer Seite einzuhaltende Taktik. Daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war, bewies der gespendete Beifall am Schluß. In der Diskussion ergänzte Genosse Kintzscher das Referat bezw. gab einige Ergebnisse aus dem verflossenen Wahlkampfe zum besten. Die Versammlung war von gutem Geiste getragen und ist die neue Agitation für die nächsten fünf Jahre damit eingeleitet worden.

Wittenberg, 10. Februar. Die Strafkammer verurteilte am Sonnabend die Besitzerin des Blauen Hecht, Witwe E. Kappert, wegen gewerbsmäßiger Kuppelei zu neun Monaten Gefängnis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070212-11/fragment/page=0007

Bockwitz, 10. Febr. (Eig. Ber.) Der Vorstand des Sozialdem. Vereins hat einen Beschluß gefaßt, zu dessen konsequenter Durchführung es der Mithilfe aller Genossen bedarf. Es soll in den nächsten Tagen eine ganz intensive Hausagitation für die Zeitung und den Verein getrieben werden. Es muß hier möglich sein, jeden von den 1100 Reichstagswählern des Ländchens zum Volksblattleser zu bringen und als Mitglied für die politische Organisation zu werben. Man wolle nur bedenken, daß diejenigen, die für uns stimmten, gerade hier von unsern Ideen durchdrungen sind. Bei den Frauen werden wir heute nicht mehr auf Widerstand stoßen. —

Das arbeiterfeindliche, anmaßende Verhalten der sogenannten Mittelständler muß aber auch jeden Arbeiter zu der Ueberzeugung bringen, daß er den Hochmut der Krämer dämpfen helfen und die wirtschaftliche Vereinigung kräftigen muß, die sich die Arbeiter selbst geschaffen haben und die von Arbeitern mustergültig geleitet wird, den Konsumverein. Wohl hat dieser Verein jetzt schon weit über 700 Mitglieder, es gilt aber noch die letzten Arbeiterfamilien für den Konsumverein zu gewinnen. Wenn jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau ihre Pflicht tut, dann muß es möglich sein, den Konsumverein auf 1200 Mitglieder zu bringen.

Wenn also die Genossen von hier und der Umgegend zur Hausagitation gerufen werden, so hoffen wir doch, daß sich ein jeder einfindet. Auch hat die Zeitungsagitationskommission beschlossen, die neugegründete Volksblattexpedition in Plessa und Ortrand durch eine Hausagitation zu unterstützen.

Bockwitz, 10. Febr. (Eig. Ber.) Feuer. In der Nacht zum Sonnabend brach in dem Gehöft des Arbeiters Pfeiffer Feuer aus. Man vermutet, daß die Entstehungsursache auf Selbstentzündung der im Schuppen lagernden Briketts zurückzuführen ist. Das Grundstück ist zwar versichert, doch sind viel Futtervorräte verbrannt und Hühner und Kaninchen umgekommen. Der durch den Frost bedingte Wassermangel erschwerte das Löschen.

Mückenberg, 10. Februar. (E. B.) **Wozu kein Geld da ist.** Vor etwa einem halben Jahrhundert wurde die schwarze Elster, die bis dahin weite Landstrecken überschwemmt und in Sümpfe verwandelt hatte, reguliert. Die Kosten der Regulierung, resp. die Verzinsung der Kosten, müssen noch heute von den Anliegern gezahlt werden. Es sind meist mittlere und kleine Bauern und Häusler, die die Kosten tragen müssen, z. B. zahlt ein Landwirt, der etwa 30 Morgen besitzt, jährlich 30 Mk. Elstersteuer. Die Anlieger sind in drei Gefahrenklassen geteilt und müssen ihre „Elsterkosten", je nach der Entfernung ihres Besitzes vom Flusse, in verschiedener Höhe entrichten. Den Reichstag löst man auf, weil angeblich einige Millionen für unsere Sandwüsten in Afrika nicht bewilligt wurden. Für solche Zwecke gibt man Hunderte von Millionen aus, für's eigne Land ist nichts da! Nun, auch ein großer Teil der Bauern, die diese Elsterlasten tragen müssen, haben Wilde gewählt. Sie werden merken, daß dieser Abgeordnete nichts zu ihrer Erleichterung tun wird. Im Gegenteil! Auch sie werden neue Lasten aufgebürdet erhalten, denn unsere „nationale Ehre" verlangt, daß noch viele Millionen in den Sandwüsten Afrikas verschwinden. Für's eigene Land? Dazu reicht's dann eben nicht.

Döllingen, 10. Febr. (E. B.) Von einer „grausen Moritat", die sich am Stichwahltage hier zugetragen haben soll, berichtet das Liebenwerdaer Kreisblatt. Zwei Mückenberger Arbeiter sollen dort einen fürchterlichen Diebstahl begangen haben, indem sie — Wildesche Stimmzettel wegnahmen. In ganz hinterlistiger Räuberweise war der Arbeiter die Treppe hinaufgeschlichen (wohl in Filzschuhen?) und hatte die Zettel geholt. Patriotische Männer „entlarvten" den „Dieb" und „tatkräftige" Fäuste schüttelten ihn unsanft ab. Soweit das Kreisblatt.

In Wirklichkeit war der Vorfall folgender: Ein Parteigenosse, dem man den Zutritt zum Wahllokal trotz genügender Legitimation verweigerte, nahm einen Posten Wildescher Zettel, die vor dem Wahllokal auf einem Stuhl lagen, fort und warf sie auf der Straße weg. Eine Rotte Bauern überfielen diesen und einen gänzlich unbeteiligten Arbeiter und mißhandelten sie in der rohesten Weise. Am Schluß des Berichtes sagt das Kreisblatt: „Es wäre zu wünschen, daß von seiten der zuständigen Behörde ein straffälliges Vergehen in diesem Vorkommnisse erblickt würde." Daß das Kreisblatt sich zu derartigen Denunziationen hergibt, ist leicht verständlich. Eins aber hat es wohl nicht genau beachtet. Im Strafgesetzbuch stehen zwei Paragraphen (§§ 124, 223a), die eventuell den „tatkräftigen" Bauern in Döllingen Verlegenheiten bereiten können. Wenn Arbeiter sich einmal vergessen, dann denunziert das edle Kreisblatt sie; wenn andere Leute sich vor den gröbsten Vergehen und Verbrechen nicht scheuen, dann ist das Kreisblatt bereit, sie noch zu entschuldigen. Und trotzdem unterstützen Arbeiter noch diese Blätter!

Ortrand, 10. Febr. (Eig. Ber.) Der nächste Gerichtstag findet am 19. Februar im Rathause statt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Der Breslauer Handabhacker vor Gericht.** Am Freitag hatte sich Genosse Albert von der Volkswacht vor der Breslauer Strafkammer wieder einmal zu verantworten. Er sollte durch eine Versammlungsrede die gesamte Breslauer Polizeimannschaft beleidigt haben. Es ergab sich indes, daß er nur den Breslauer Handabhacker als „feigen Halunken" bezeichnet hatte. Die polizeilichen Belastungszeugen waren zwar anderer Ansicht, das Gericht überzeugte sich indes, daß die Berichte überwachender Gendarmen keine zuverlässigen Quellen sind und sprach Albert frei.

Während der Verhandlungen hatte Genosse Albert noch einen Versuch gemacht, den Handabhacker zu ermitteln. Er erklärte nämlich, der Mensch sei bald nach dem 19. April aus Breslau versetzt worden, weshalb der Breslauer Polizeipräsident gar kein Recht habe, für ihn Strafantrag zu stellen. Falls das Gericht es ihm nicht glaube, bitte er den Polizeipräsident Dr. Bienko als Zeugen zu laden. Leider ging das Gericht auf diese interessante Frage nicht ein; es glaubte dem Angeklagten, und die Oeffentlichkeit muß sich nach wie vor damit trösten, daß der traurige Held des 19 April „nicht zu ermitteln" ist. Aber beim richtigen Namen darf man ihn nun nennen!

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Reuter; Ankläger: Staatsanwalt Alsleben.

Eine Freisprechung erzielten ein Kellner, ein Gastwirt und ein Agent, die einen Zigarrenhändler betrogen haben sollten. Jene drei Personen haben seinerzeit bei der Tat der sogen. schwarzen Bande mitgewirkt. Im vorliegenden Falle sollen sie einem Zigarrenhändler unter falschen Angaben 2000 Zigarren „abgekauft" und dann pro Kiste für 90 Pf verkauft haben. Beantragt waren sechs, drei und ein Monat Gefängnis. Das Gericht kam indessen zur Freisprechung, da nicht festgestellt werden konnte, daß die Angeklagten von vornherein auf Betrug ausgegangen sind

Vertagt wurde die Berufungssache eines Taxators und Amtssekretärs, der vom Schöffengericht wegen Beleidigung eines Armenbezirks-Vorstehers mit 75 Mk. Geldstrafe belegt worden war. Er hatte als Nachlaßkläger dem Bezirksvorsteher in einer Erbschaftsangelegenheit „unverfrorene Genugtuung und aufgeblasene Wichtigtuerei" vorgeworfen.

Eigentumsvergehen. Ein Stallschweizer von Böllberg wurde wegen Diebstahls mit vier Monaten Gefängnis bestraft, weil er einer Stellenvermittlerin gelegentlich eines Besuches eine Anzahl Blusen weggenommen hat. — Ein in Fürsorge-Erziehung befindliches 16jähriges Mädchen wurde mit einer Woche Gefängnis und drei Tagen Haft bestraft, weil es, nachdem es am 24. Januar aus der Anstalt entlaufen war, einem Herren gelegentlich eines Besuches einen Ring im Werte von 40 Mk weggenommen und dann einen falschen Namen angegeben hatte.

Schöffengericht.

Meine Tante, deine Tante. Dieses Spiel hatte ein Gastwirt in seiner Wirtschaft geduldet. Er wurde deshalb mit 30 Mark bestraft, weil er auch am Gewinn teilgenommen haben soll.

Um sich wieder zu erfrischen will ein Chemiker in einem hiesigen Droguengeschäft, in dem er in Stellung gewesen, allerhand Waren, wie: Toiletteartikel, Puder, Haarfarbe, Créme, auch eine Flasche Wein ꝛc. weggenommen haben. Die Sachen waren 33 Mark wert. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung aus, er habe sie genommen, weil er bei seinem Chef zu schlechtes Essen bekommen habe. Er sei immer elender und elender geworden und man habe ihn schließlich „schwindsüchtiger Hund" genannt. Da habe er dann zu den verschiedenen Erfrischungsmitteln greifen müssen, um wieder auf die Beine zu kommen. Das Gericht ließ die nicht besonders gut ausgewählte Entschuldigung des Angeklagten nicht gelten und bestrafte ihn mit zwei Wochen Gefängnis.

Schlägerei. Im Wartesaal des Trothaer Bahnhofes gerieten am Abend des 21 Dezember mehrere Arbeiter in Streit. Der Wirt verwies den Streitenden das Lokal und ein Beteiligter sagte es gut meinend, wir Arbeiter unter uns wollen uns doch nicht zanken. Als der Friedensstifter aber aus dem Bahnhofsrestaurant herauskam, wurde er von zwei Arbeitern erheblich mißhandelt. Der eine Täter wurde mit drei Monaten, der andere mit drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis bestraft.

Der Suff und das Messer spielten wieder eine Rolle in einer skandalösen Szene, die sich in einer Nacht auf der Magdeburgerstraße abgespielt hatte. Zwei Brüder, ein Maurer und ein Techniker aus Radewell gerieten mit einigen Damen und Herren, die vor dem Wintergarten standen, in Streit, weil der junge Maurer die Passanten in ganz frivoler Weise angerempelt hatte. Ein hinzugerufener Polizist erhielt von dem Exzedenten einen Stich durch die Hand. Er nahm schließlich das Seitengewehr und schlug dem Maurer damit über den Kopf. Beide Brüder waren angeklagt, der eine wegen Körperverletzung, der andere wegen Unfugs. Der Maurer wurde mit vier Monaten und zwei Wochen Gefängnis bestraft und der Techniker wurde freigesprochen.

Briefkasten der Redaktion.

Piesteritz W. Wenn die Gratifikation nicht vertraglich festgelegt ist, kann Betr. nichts machen.

N. O 20. Sie müssen den Beleidiger erst vor den Schiedsrichter zitieren, brauchen sich dort aber nicht zu einigen, sondern können die Klage ans Amtsgericht gehen lassen.

No. 50. L. in H. Dagegen läßt sich nichts machen, das Fahrgeld müssen Sie bezahlen. Vielleicht bekommen Sie es auf ein Gesuch beim Bezirks-Kommando erlassen.

A Z., Düben. Unter solchen Verhältnissen bekommt sie nichts zurück. Sie würde also ev. alles verlieren. Sie braucht aber doch nur für die Wochen zu kleben, in denen sie beschäftigt ist. Wo sie keine Arbeit hat, braucht sie nicht zu kleben.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 11 Februar. Der Genosse Eduard Bernstein sagte angeblich einem französischen Interviewer: „Das Protzentum der Emporkömmlinge (?), welches man unserer Partei nicht mit Unrecht vorwirft, hat uns schwer geschädigt. (?) Bebel und Singer erkennen die Tragweite unserer seit dem unglücklichen Dresdener Parteitag erlittenen, moralischen und materiellen Einbuße trotz ihres zur Schau getragenen Stoizismus. Sie werden eine andere Taktik zu finden haben, und Bebel, welchen ich — so paradox das auch klingt — als ersten unserer Revisionisten bezeichnen möchte, wird sein politisches Verständnis in der neuen Aufgabe betätigen." Bernstein gab schließlich noch der Meinung Ausdruck, daß der neue Reichstag nicht in die Lage kommen werde, das Friedensbedürfnis Deutschlands gegenüber der Regierung zu betonen, da niemand in Deutschland ernste Verwickelungen wünsche.

Bochum, 11. Februar. In vergangener Nacht erschien auf der Polizeiwache in Essen ein junger Mann, der sich selbst beschuldigte, den Mord an der am 2. Oktober im Essener Stadtparke ermordet aufgefundenen Engländerin Miß Lake begangen zu haben. Er ist ein 20jähriger ehemaliger Beamter des rheinischen Kohlensyndikats Namens Alfred Land.

Bern, 11. Febr. Die hiesigen Sozialisten veranstalteten gestern nachmittag einen demonstrativen Umzug durch die Stadt und hielten eine Protestversammlung als Kundgebung gegen den Antistreikgesetzentwurf der Berner Regierung ab.

Verantwortlicher Redakteur: **Oskar Fröhlich** in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Wirkliche Ersparnis in der **Küche** mit **MAGGI's Würze**

erzielt jede Hausfrau

Schutzmarke

Sehr ausgiebig,
deshalb sparsam verwenden.

Kreuzstern

Man lasse MAGGI-Würze nur in Maggi's Originalfläschchen nachfüllen.

REFORM

Waschpulver gibt blendend weisse, völlig geruchlose Wäsche bei grosser Zeit- und Arbeitsersparnis.

„Waschpulver Reform"
überall käuflich.
Waschpulverfabr. „Reform", G. m. b. H., Mülheim, Rhein.

Arnika-Franzbranntwein mit Oel.

Bestes Mittel zur **Stärkung und Reinigung** der **Kopfhaut.**
Flasche 1 Mk., nur allein echt
Max Rädler, Rannischestraße 2,
Ecke Sternstraße.
Bitte genau auf Firma zu achten!

Accumulatorenbatterie
wenig gebraucht, geeignet für Orchestrion od. Lichtbetrieb, spottbillig zu verkaufen.
Seebenerstrasse 56, II. r.

Abbruch,
Nikolaistr. 1,
Baumaterial, Ziegel, Balken u. Bretter, Brennholz i. Fuhr. u. Korb 25 Pf., wegen kurzer Abbruchszeit spottbillig zu verkauf.

Soeben erschienen:
Süddeutscher Postillon
Nr. 4.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/43.

Teuchern.
Empfehle von heute an
ff. **Rindfleisch**
Pfund 65 Pfg.
Richard Göthel,
Fleischermstr., Osterstrasse.
Inh.: Alma Göthel.

Restaur. z. Eilgut,
Försterstraße 46.

Dienstag den 12. Februar (Fastnachten)
Großer

Narrenabend
mit humorist. Unterhaltung.
(Meissner).
Um regen Besuch bittet
Wilhelm Hinze.

Crimmlitz
Gasthof zur Waage.

Sonnabend den 16. und Sonntag den 17. ds. Mts.
Gr. Bockbierfest.
ff. Bockwürstchen
Mützen gratis.
Hierzu ladet frdl. ein Rich. Götze.

Gelegenheitskauf.
2 prachtv. Federbetten, nur 18 u. 28 Mark, sowie fast neue Nähmaschine sehr billig verkauft Geiststr. 21 II. rechts.

Konsumverein Weissenfels.
In unserem Grundstücke Am Kloster 3 ist eine kleine Wohnung, passend für einzelne Leute, welche ev. die Straßenreinigung mit übernehmen können, per erst. April zu vermieten. Näheres im Kontor, Schillerstraße 6.

Morgen Dienstag
Schlachtefest.
Joh. Fischer,
Gr. Gosenstr. 39.

Eine alleinstehende
ältere Frau
sucht Stellung bei älteren Leuten oder in einer kleinen Wirtschaft, am liebsten auf dem Lande.
Zu erfragen in der Expedition ds. Blattes.

Tüchtige Metall- und Eisendreher
stellt bei hohem Stundenlohn ein **Karl Breitkopf,**
Armaturenfabr., Turmstr. 93.

Häuer u. Förderleute
finden bei hohem Lohn sofort Beschäftigung auf
Frohe Zukunft, Mötzlich,
bei Halle a. S.

Die Geburt einer munteren Proletarierin zeigt hocherfreut an
Alfred Thronicker
und Frau geb. Wuttig.
Weißenfels u. Könnern a. S.,
den 10. Februar 1907.

Danksagung.
Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen lieben Verwandten, Bekannten und Freunden, sowie seinen Vorgesetzten und Kollegen, der Liedertafel Eintracht und Herrn Pastor Schwahn für seine Trosteswort unsern innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Ww. Emma Radegast nebst Kindern.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 9. Febr.

Aufgeboten: Dreher Sondershausen und Emma Setzepfandt (Friedrichstraße 30 und Ludwigstraße 37). Arbeiter Schoch und Berta Krickemeyer (Wegscheiderstraße 5 und Wörmlitzerstr. 106) Restaurateur Schilde u Florentine Nowak (Schkeuditz u. Halle)

Eheschließungen: Schlosser Reumschüssel und Emma Maiwald (Schimmelstr. 2). Kesselschmied Ziemsley und Fanny Zichiesche (Schkeuditz u. Meckelstraße 23). Kupferschmied Wolff und Hedwig Seiler (Bernhardystraße 7a und Thüringerstr. 23). Kaufmann Keller und Helene Leonhardt (Langestraße 18 und Große Ulrichstraße 13/15). Postbote Presche und Anna Claus (Freiimfelderstr. 37 u. Friedrichsschwerz). Schankwirt Keller u. Anna Erdmann (Streiberstr. 14). Vizefeldwebel Stephan u. Else Vogler (Torgau und Rannischestraße 3). Arbeiter Rohleder u. Martha Buschmann (Gr. Ulrichstraße 20). Seiler Hesselbarth und Anna Kirchhoff (Streiberstraße 33 und Mühlweg 15).

Geboren: Arbeiter Meinhardt T. (Delitzscherstr. 14). Kaufmann Schatz T. (Krukenbergstraße 9). Dreher Donner S. (Hirtenstraße 13). Arbeiter Hoppe S. (Bäckerstr. 3). Bleilöter Steuer T. (Landwehrstraße 4). Motorführer Töpfer S. (Krukenbergstraße 24). Schlosser Becker T. (Ludwigstraße 18). Restaurateur Altstädt T. (Freiimfelderstr. 84). Schmied Höhme T. (Jakobstr. 46). Geschirrführer Gabler S (Mittelwache 14). Geschirrführer Effenberger T. (Charlottenstraße 16).

Gestorben: Handelsmanns Rappmann Ehefrau Rosalie geb. Kecke, 68 J. (Ritterstraße 17). Arbeiters Hohn Ehefrau Marie geb. Schneidewind, 60 Jahr (Klinik). Rentier Rößler, 80 J. (Forsterstraße 20). Schuhmachermeister Hoffmann, 55 J. (Gr. Berlin 14). Maler Ney, 49 J. (St. Elisabeth-Krankenhaus). Privatiere Luise Tamm, 80 J. (Augustastr. 9).

Halle-Nord, Burgstr. 38, 9. Feb.

Aufgeboten: Hausmann Rast und Henriette Rast geb. Haupt (Moritzstraße 2 und (Gabelsbergerstr. 12). Arbeiter Mixdorf u. Olga Huhn (Seebenerstr. 47). Schriftsetzer Seifert u. Johanna Singer (Georgstraße 3 u. Leipzig-Anger-Crottendorf.

Eheschließungen: Schriftsetz. Venator und Anna Siebert (Seydlitzstraße 6 und Körnerstraße 35). Arbeiter Wenzel u. Marie Hohmann gebor. Barsch (Seebenerstraße 49b.) Arbeiter Busch und Minna Hartmann (Kutschgasse 3 und Kleine Wallstraße 2). Arbeiter Weitzel und Hedwig Reinicke (Große Gosenstraße 24 und Dölauerstr. 31). Arbeiter Sauer u. Anna Hunold (Eichendorffstraße 31 u. Unterberg 5).

Geboren: Müller Riede S. (Saalwerderstr. 15). Maurer Rötting T. (Seebenerstraße 65). Kaufmann Hammelmann Sohn (Schillerstraße 25). Oebster Becker S. (Reilstraße 104). Postboten Herold S. (L. Wuchererstraße 44). Arbeiter Schütz T. (Sophienstraße 21).

Druck und Verlag [illegible] Buchdruckerei (E. G. m. b. H.), Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070212-11/fragment/page=0008
DFG